

# Die Bauergewerkschaft

Organ  
des Zentral-Verbandes  
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.  
Abonnementspreis pro Quartal 2.— Mk. (ohne  
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.  
Anzeigenpreis: Inserate 60 Pl., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.  
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.  
Postcheck-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.  
Inseratengeldäftsstelle: Berlin-Schöneberg, Haupt-  
straße 116, Fernsprecher: Amt Lühnow, 2513.  
(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserate u. dergl.  
find an die Redaktion direkt zu richten.)  
Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Kummer 30.

Berlin, den 28. Juli 1912.

13. Jahrgang.

## Die „Wirtschaftsfriedlichen“.

Den gelben Gewerkschaften gefällt anscheinend ihr Name nicht, und suchen sie sich jetzt einen anderen, die „Wirtschaftsfriedlichen“, beizulegen. Damit soll zugleich ein „gewerkschaftliches System“ gezeichnet werden im Gegensatz zu anderen gewerkschaftlichen Organisationen, als letztes Mittel im Wirtschaftskampfe den Streit zu vermeiden bringen. Der Name „Gelb“ verleiht ihnen aber die einzig richtige Symbolik. Gelb ist das Zeichen der Falschheit; und Falschheit ist der Kern der gelben Bewegung. Die Gründer der gelben Gewerkschaften, ihre geistigen Inspiratoren und Leiter, die mit Hilfe ihrer Machtmittel Arbeiter gegen Arbeiter auszuspielen in der Lage sind, versuchen den Schein einer Arbeiterorganisation zu verleihen, in dem freien Drange der Arbeiter entzungen, und deren wohlberechtigten Interessen zu dienen bereit sind. Aber ist es unbestreitbar, daß ausschließlich großkapitalistische Interessen Gebatter bei der Gründung gestanden haben, um einen Sturmbock gegen jede Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Und mit der dem Großkapital dienenden Rücksichtslosigkeit wird ihre Förderung betrieben.

In Essen fand in der letzten Woche eine Zusammenkunft der Gelben aller Schattierungen statt. Die Wertvereine waren vertreten, die Vaterländischen Arbeitervereine, die Reichstreuern, die Meisterstreuern und sie alle heißen. Angeblich 150 000 Mitglieder sollen in den gelben Vereinen angehören. Auch wollen sie eine Million Mark Vermögen haben, die allerdings in Wohlfahrtsanstaltungen und Baugenossenschaften festgelegt sind. Es war ein großes Segador in der der Großindustrie dienenden Presse, auch ließ sich eine Reihe von Vorkämpfern dort vertreten. Die gelben Häuptlinge hatten die Hoffnung noch höher gesteckt, sie glaubten auch den Vorkämpfern der Rheinprovinz, Herrn v. Rheinbaben, begrüßen zu können. Damit war es freilich nicht. Aber auch Regierungsorgane haben die gleiche Offenheit den Gelben für Wohlwollen ausgesprochen. Wenn das auch unter dem Gesichtswinkel der Bekämpfung der Sozialdemokratie die Gelben geschieht, so wäre es angebracht, zunächst zu untersuchen, ob es auch wirklich an dem ist, ob nicht Zustände durch die gelbe Bewegung hervorgerufen werden können, die noch weit gefährlicher sind. Natürlich gibt es im lieben deutschen Vaterland eine ganze Menge Personen, die in dem gelben Programm den Ausfluß aller Vernunft sehen. Sehr ist das gar nicht unangehörig, denn bei dem persönlichen Arbeitgeberrtum von heute ist so ein Papierchen seltsame aber leicht zu durchschauende Zustände aus.

Von den zahlreich anwesenden Industriellen, Arbeitgebern und deren Beauftragte, nahm auf der 7ten Tagung seiner das Wort. Das verkündet der der Großindustrie dienende Presse. So blieb das Forum „einer reinen Arbeiterkundgebung“ gewahrt. Ob man damit jemand täuschen könnte. Und dann wurde geredet, daß die „Wirtschaftsfriedlichen“ wieder Vertrauen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern („eine Fortsetzung der alten Vertrauensverhältnisse“) herbeiführen wollen; das sei der grundlegende Unterschied zwischen der gelben und anderen gewerkschaftlichen Organisationen. Wenn man diese betreffende Redner sich doch einmal die Frage vorlegen hätte, wieso es gekommen ist, daß das gegenseitige Vertrauen verloren gegangen ist, wenn es dieser allgemeinen Form überhaupt richtig sein kann. Waren es nicht jene Arbeitgeber, die unter Verachtung jeglicher Arbeiterrechte sich brutal über

deren gerechte Wünsche hinwegsetzten? Die schlechten Löhne, die lange Arbeitszeit, der ungenügende Arbeiterschutz, die unwillkürliche Behandlung, das sind die Zerstörer des gegenseitigen Vertrauens. Und je nachdem diese Fragen in einer gesunden Form gelöst, dem Arbeiter der gerechte Anteil am Arbeitsvertrag und seine Rechte aufgeklärt werden, wird auch die Grundlage des Vertrauens wieder erneuert werden. Mit welchem Arbeitgeber aber soll in der Großindustrie überhaupt ein Vertrauensverhältnis im alten patriarchalischen Sinne herbeigeführt werden? Wo wirklich noch ein einzelner Arbeitgeber für einen Großbetrieb in Frage kommt, scheitert das an der großen Zahl der beschäftigten Personen, meistens aber ist es eine Vielheit von Personen, deren Geschäfte von irgend einer Hand in rein geschäftsmäßiger Weise besorgt werden. Sie nehmen keinen anderen Anteil an dem Wert, als daß sie am Jahreschluß fragen, wie hoch die abgeworfene Dividende sei. Höhere Löhne und Streiks um dieselbe können allerdings die Dividende beeinflussen. Lassen sich da nur gelbe Gewerkschaften aufbauen, die sich ihrer gewerkschaftlichen Macht begeben und damit auf eine den Verhältnissen angepaßte Entlohnung verzichten, auch den Betrieb durch Arbeitseinstellungen nicht schädigen, dann kann die Schlange „Dividende“ umso üppiger gedeihen.

Und damit dieses Ziel tatsächlich erreicht wird, ist zunächst die Organisationsform darnach zugeschnitten. Keine Zentralisation, sondern nur Wertvereine für den einzelnen Betrieb. Nur keine zentralisierten Klassen, mit denen gegebenenfalls gegen das eine oder andere Wert vorgegangen werden könnte. Das ist zu gefährlich. Durch solche Klassen würden die einzelnen Wertvereine unabhängig, sie müssen aber in steter und absoluter Abhängigkeit von dem einzelnen Wert erhalten bleiben, weil sie sonst nicht ihren Zweck voll erfüllen. Werden dann die Beiträge recht niedrig bemessen und obendrauf in allerhand „Wohlfahrts-einrichtungen“ angelegt, zu denen die einzelnen Werte natürlich kräftig beisteuern, dann kann der Kapitalist oder der Industrielösig ruhig schlafen. Eine solche Organisationsform ist nach seinem Herzen, weil ungefährlich, dazu rentabel, weil sie die niedrigen Arbeitsbedingungen aufrecht erhält. Von dem so erzielten Mehrerwerb lassen sich dann ruhig einige Tausend zu den „Wohlfahrts-einrichtungen“ auswerfen. Auch läßt sich damit das Bewegungssystem einzelner auf Kosten der anderen durchzuführen, auch wieder nur deshalb, um sich die Herrschaft damit umso fester zu sichern. Die gelben Führer aber sagen, die zentralistische Organisationsform sei nicht der Boden, „auf dem die rechte Förderung der Arbeiterinteressen gegeben ist“. Was mögen ihre Auftraggeber schmunzeln ob der Dreistigkeit, mit der hier die gewerkschaftliche Ohnmacht als im Interesse der Arbeiter liegend, proklamiert wird. Ob ihnen aber nicht auch ein wenig graut ob der nämlichen Dreistigkeit? Wir können uns nicht anders helfen: Wenn ein Arbeitgeberführer den zentralisierten Gewerkschaften gegenüber die lokale Organisationsform oder gar noch einzelnen Werken predigen würde, dann müßten wir von ihm denken, der Mann ist nicht zurechnungsfähig, oder er ist ein Verräter an seinem eigenen Standesgenossen, wofür er von irgendeinem Interessenten Bezahlung erhalten muß. Bis jetzt ist uns ein solcher Mann im Arbeitgeberlager noch nicht begegnet, sie pflegen vielmehr das Zentralisationsprinzip in ausgedehntestem Maße, wissend, daß damit ihre Aktionskraft ins Ungemessene gesteigert wird. Diese Erkenntnis bewirkt zugleich, wie sie die Ohnmacht der Arbeiter zu bewerkstelligen haben, und angebliche „Arbeiterführer“ leihen ihnen dazu willig die Hand.

Angesichts der feststehenden Tatsache, daß die eigentlichen Gründer der Gelben Unternehmer oder

deren Beauftragte waren, ist es ein starkes Stück von einem gelben Führer zu behaupten, „daß die Gründer der wirtschaftsfriedlichen Bewegung Arbeiter waren, deren Blick nicht von falschen volkswirtschaftlichen Lehren getrübt und die von Idealen erfüllt waren.“ Was würde wohl von der gelben Bewegung übrig bleiben, wenn nicht der Mitgliedszwang bei Verlust der Arbeitsgelegenheit oder sonstiger Zurücksetzung bestände? Sie würden aufsteigen, wie ein Pulverfaß, in das die brennende Lunte geworfen wird. Was sollen das für Ideale sein, von denen die gelbe Bewegung getragen ist? Standesempfinden, gegenseitige Solidarität und Treue, Opferwilligkeit und unermüdetes Fortwärtstreben? — Von solchen Tugenden ist die gelbe Bewegung nicht angekränkt.

Darum ist es auch eine durch nichts begründete Ueberhebung, die nationale Zuverlässigkeit den gelben Mitgliedern in allen Lagen anzupreisen. Das ist eitel Geschwätz. Zwangsmitglieder sind nie zuverlässig; zuverlässig ist nur der in voller Freiheit gefundene Standpunkt, auf ihn und nur auf ihn kann man bauen. Uns speziell ist in dieser Beziehung ein lehrreicher Fall bekannt. In einem an Berlin grenzenden Wahlkreis wählten die Gelben eines großen Wertes samt und sonders sozialdemokratisch. Nun wandte man sich von interessierter Seite speziell an uns, wir möchten in besonderen Versammlungen an der politischen Aufklärung der Gelben mitwirken. Und wir sind überzeugt, daß von den Gelben Berlin noch keine zehn Prozent sozialdemokratisch wählen. Und wäre die Organisationsform frei, würden sie zum größten Teil sozialdemokratisch organisiert sein. Anderswärts wird es nicht besser sein. Und wir nehmen mit gutem Grunde an, daß eines Tages die gelben Protokollen auf der ganzen Linie unangenehme Erfahrungen erleben werden.

In den handwerksmäßigen Berufen haben die Gelben keine Bedeutung, werden auch keine erlangen. Nur in der Großindustrie sind sie infolge des angewandten Zwanges möglich. Das ist umso mehr zu bedauern, weil hier der Kampf der Arbeiter um ihre Anerkennung und Gleichberechtigung ein besonders schwieriger ist. Sie werden ihn trotzdem durchzuführen, gegen die gesunde Vermunft läßt sich die Dauer nicht aufkommen.

Eine ehrliche, von Vernunft und Einsicht getragene Interessenvertretung der Arbeiter, die sich auf den Boden der tatsächlichen Verhältnisse stellt, und eine Arbeitgeberschaft die soziale Einsicht und Verständnis für die Fragen der Zeit besitzt und den Arbeitern das nötige Entgegenkommen zeigt, nur diese wirken wahrhaft wirtschaftsfriedlich. Nicht Kampf um des Kampfes willen, aber auch nicht Frieden um jeden Preis. Es muß schon einer ein hundsföttischer Mensch sein, der nicht auch für seine gerechte Sache zu kämpfen bereit ist. Die Arbeitervertretung durch die Arbeiter, ihr gerechter Anteil an der Kultur und dem Arbeitsertrag, ihre Anerkennung im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben, das sind die Aufgaben einer wahrhaft nationalen Arbeiterbewegung — wie sie die christliche Gewerkschaftsbewegung darstellt. Die Gelben sind das nicht. Sie sind von den Unternehmern abhängige Gebilde, die auf die Selbsthilfe verzichten und alles von der Wohlwiltigkeit der Arbeitgeber erhoffen. Sie erziehen keine aufrechten Charaktere, die opferwillig und standesbewußt an der Hebung ihres Berufes arbeiten. Wohl aber erziehen sie ein Dudmäuserheer, das nicht wagt, seine Meinung offen zu bekunden, und das in Ermangelung einer kräftigen Selbsthilfe sich auf Kosten ihrer Nebenarbeiter eine möglichst günstige Stellung zu verschaffen trachtet. Das sind die bedauerlichen Zukunftsfrüchte der Gelben.



...mehrere dieser Rohstoffe abgegraben oder aus...  
 ...weshalb erschwert wurde. Unter diesem Ge...  
 ...sichtswinkel betrachtet, gewinnt auch die Erwerbung...  
 ...und Nutzbarmachung von Kolonien eine ganz andere...  
 ...Bedeutung. Man muß sich demgegenüber die Stel...  
 ...lung der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik vor...  
 ...fragen halten und dann wird einem klar, wie wenig...  
 ...diese ihre Stellungnahme am Arbeiterinteresse hegt...  
 ...Alle diese hier nur angedeuteten Fragen aber sind...  
 ...Lebensfragen für unsere Industrie und damit auch für...  
 ...die deutsche Arbeiterchaft; denn von dem Wohlergehen...  
 ...der Industrie hängt auch das Wohlergehen der Ar...  
 ...beiter ab. Und deshalb haben die Arbeiter auch...  
 ...ein Interesse daran, daß unserer Industrie und un...  
 ...serem Handel die Wege frei und offen gehalten wer...  
 ...den, damit sie ihre Waren in alle Welt entsenden...  
 ...können. Dazu bedürfen wir aber, entsprechend un...  
 ...serer geographischen Lage, ein starkes Landheer und...  
 ...unserer weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Stel...  
 ...lung entsprechend, eine genügend starke Flotte. Und...  
 ...deshalb sind auch die Arbeiterinteressen mit Deutsch...  
 ...lands Wehrmacht innig verknüpft.

Nach ein darf von uns Arbeitern bei Bewer...  
 ...tung unserer Wehrmacht nicht vergessen werden. Die...  
 ...Ausgaben für Heer und Marine stellen keineswegs...  
 ...unproduktive oder gänzlich nutzlose Ausgaben dar...  
 ...sondern es fließen wieder große Summen davon in...  
 ...den Fall von Aufträgen an Industrie und Handwerk...  
 ...als Lohn zurück und kommen dadurch auch den Ar...  
 ...beitern in Form lohnender Beschäftigung zugute...  
 ...Rehntausende von Arbeitern finden bei dem Bau der...  
 ...Kriegsschiffe Arbeit und Verdienst, weitere Tausende...  
 ...in Fabrikation der Zubehörteile, als Schiffsmaschinen...  
 ...wellen und -schrauben, Schiffsmöbel usw. Eine weit...  
 ...verzweigte Industrie bedt den gewaltigen Bedarf an...  
 ...Schutzzeug und Lederartikeln, Uniformen u. dgl...  
 ...Dazu kommen noch die mit der Lieferung und Ver...  
 ...arbeitung der großen Mengen Nahrungsmittel be...  
 ...schäftigten Zweige der Industrie und des Handwerks...  
 ...wie der Landwirtschaft. Nicht zu vergessen auch...  
 ...die mit der Herstellung der Waffen und Munition...  
 ...beschäftigte Industrie.

Über auch dem Baugewerbe kommen große...  
 ...Summen von den für Heereszwecke ausgeworfenen...  
 ...Gelbtern zugute. Welche Aufträge allein aus der...  
 ...ersten Heeresvorlage des Baugewerbes hatten...  
 ...folgende Tatsachen darthun: 1. Aus Anlaß der...  
 ...beschleunigten Durchführung des Gesetzes über die...  
 ...Friedensstärke sind für Neubauten an einmaligen Aus...  
 ...gaben 5 078 000 Mark erforderlich; 2. aus An...  
 ...laß der Ergänzung des Gesetzes über die Friedens...  
 ...stärke werden für Neubauten gefordert 20 396 750...  
 ...Mark; 3. die Bauausführungen der Kaiserlichen...  
 ...Marine beanspruchen an einmaligen Ausgaben...  
 ...725 000 Mark. Insgesamt werden hier also...  
 ...über 32 Millionen Mark angefordert, die fast...  
 ...unbeschreiblich dem Baugewerbe zugute kommen...  
 ...Es handelt sich in der Hauptsache um die Ausführung...  
 ...von Neubauten von Kasernen, Ergänzungsbauten...  
 ...Berftbauten usw. — alles Dinge, durch die dem Bau...  
 ...gewerbe und damit der in ihm beschäftigten Ar...  
 ...beiterchaft Beschäftigung auf Jahre hinaus ge...  
 ...sichert ist.

...hen, da sich seine Qualität noch bessert. Wenn der...  
 ...liche Kalkzettel sofort nach dem Löschen zu Wörtel...  
 ...arbeitet wird, ist er meist nicht sehr ergiebig, da er noch...  
 ...eine Menge ungelöschter Teilschen enthält, die aber später...  
 ...wichtig sind und das Ausfringen vieler Stellen in den...  
 ...Wänden oder im Fuße bewirken. Im alten Rom bestand...  
 ...die Baumverordnung, nach welcher die Unternehmer von...  
 ...Steinbauten bei zu verwendenden Kalk mindestens drei...  
 ...Tage in Gruben liegen lassen mußten. Diese Maßregel...  
 ...ist sich als sehr zweckmäßig erwiesen, wie man an den...  
 ...noch bestehenden Überresten römischer Bauwerke erblickt...  
 ...zu denen wir die Fläche des Wörtels noch nach Jahr...  
 ...hundertern bewundern.

Die Beschaffenheit des Wörtels hängt in hohem...  
 ...Maße von der Güte der beim Kalle beigemengten Zu...  
 ...sätze ab. Der zur Wörtelbereitung verwendete Sand soll...  
 ...eine erdigen oder organischen Substanzen aufweisen...  
 ...soll scharfkörnig sein und beim Reiben mit der Hand...  
 ...ausfließen. Man hat übrigens je nach der Verwendung...  
 ...des Wörtels bald größeren, bald kleineren Sand nötig...  
 ...Der verschiedensten Verwendungsarten und der verschiede...  
 ...nen Beschaffenheit des Rohmaterials wegen schwankt auch...  
 ...das Mischungsverhältnis von Kalk und Sand zwischen...  
 ...2 und 1; 4. Der Kalk soll alle Hohlräume des...  
 ...Sandes ausfüllen; deswegen geben auch ein Teil Kalk...  
 ...auf drei Teile Sand bei entsprechendem Wasserzusatz...  
 ...nur 3/4 bis 3/2 Teile Wörtel. Das Mischen des Wörtels...  
 ...richtet auf kleineren Bauwerken meist mit der Kalk...  
 ...mühle oder -hand, während bei größeren Bauten wohl...  
 ...man eine billiger arbeitende Wörtelmaschine aufge...  
 ...stellt ist. In einigen Großstädten gibt es auch Wörtel...  
 ...mühle, die Mauer- und Putzmörtel in jeder gewünschten...  
 ...Menge fertig zur Baustelle liefern.

Das Erhärten des Kalkmörtels nach dem Vermauern...  
 ...wird dadurch bewirkt, daß sich das im Wörtel enthaltene...  
 ...Kohlensäure wieder mit Kohlenäure verbindet. Diese...  
 ...Kohlensäure wird der atmosphärischen Luft entnommen...  
 ...wobei sie etwa 1/3 Prozent ausmacht. Dieser chemische...  
 ...Prozess ist aber weiter nichts, als eine Rückbildung...  
 ...des kohlenstoffsauren Kalks, den wir ja schon im Kalkstein...  
 ...gesehen gelernt haben. Die Kohlenstoffaufnahme des...  
 ...Wörtels geht gleichem Schritt mit dem Verdunsten des...  
 ...Wassers. Die Erhärtung geschieht darum recht langsam...  
 ...und tritt im Inneren dieser Mauern zuweilen erst

Diese Darlegungen werden unseren Kollegen ge...  
 ...zeigt haben, ein wie enger Zusammenhang zwischen...  
 ...Deutschlands Wehrmacht und den Arbeiterinteressen...  
 ...besteht. Gewiß, die für jene Zwecke ausgeworfenen...  
 ...Summen sind groß. Aber wir müssen sie mehr als...  
 ...eine Versicherungsprämie betrachten, ausgeworfen zu...  
 ...dem Zweck, um uns den Frieden zu sichern. Dann...  
 ...müssen wir Arbeiter allerdings auch verlangen, daß...  
 ...diesjenigen, die viel zu versichern haben, d. h. die...  
 ...viel Besitz und Vermögen haben, auch mehr zu der...  
 ...Versicherungssumme beisteuern müssen. Bei der Be...  
 ...steuerung muß leitender Grundsatz sein: Geredete Ver...  
 ...teilung der Lasten, d. h. Besteuerung nach Maßgabe...  
 ...der Leistungsfähigkeit.

**Die Klage im Armenrecht.**

Bur Durchführung der Rechtspflege müssen Ein...  
 ...richtungen geschaffen und unterhalten werden, die...  
 ...einen erheblichen Teil der Staatseinnahmen ver...  
 ...brauchen. Für die Inanspruchnahme der staatlichen...  
 ...Rechtspflege im Privatinteresse werden daher von...  
 ...den Beteiligten Gebühren erhoben. Die Höhe der...  
 ...Gebühren in Privatsachen richtet sich nach dem...  
 ...Werte des Streitobjektes. Freilich ist dies immerhin...  
 ...ein sehr mechanischer Maßstab, denn der Umfang der...  
 ...Tätigkeit des Gerichts im Einzelfall ist hiervon nicht...  
 ...abhängig. Es erscheint aber auch kaum möglich...  
 ...einen anderen praktisch verwertbaren Maßstab zu...  
 ...finden.

Um nun auch dem mittellosen Staatsbürger die...  
 ...Inanspruchnahme der Rechtspflege zu ermöglichen...  
 ...hat das Deutsche Reich durch die Vorschriften im...  
 ...siebenten Titel der Zivil-Prozeß-Ordnung unter der...  
 ...Ueberschrift „Armenrecht“ die Befreiung von den...  
 ...Gerichtskosten geregelt. Der Ausdruck „Armen...  
 ...recht“ erscheint allerdings als wenig glücklich...  
 ...gewählt. Er kann zu der unzutreffenden Auffassung...  
 ...verleiten, daß es sich hierbei um eine „Armen...  
 ...unterstützung“ im gewöhnlichen Sinne handelt...  
 ...die den Verlust politischer Rechte nach sich zieht...  
 ...Hiervon ist jedoch keine Rede.

Nach § 114 der Zivil-Prozeß-Ordnung hat einen...  
 ...Anspruch auf die Bewilligung des Armenrechts...  
 ...„wer außer stande ist, ohne Beeinträchtigung des für...  
 ...ihn und seine Familie notwendigen Unterhalts die...  
 ...Kosten des Prozesses zu bestreiten“. Was unter „not...  
 ...wendigem Unterhalt“ zu verstehen ist, hat das Ge...  
 ...setz nicht näher bestimmt. Selbstverständlich sollte es...  
 ...den Gerichten die Möglichkeit lassen, diese Bestim...  
 ...mungen in weitestmöglicher Weise anzuwenden. Auch...  
 ...Personen der mittleren und oberen Bevölkerungss...  
 ...schichten sollte die Möglichkeit, von dem Armenrecht...  
 ...Gebrauch zu machen, gegeben werden, wenn das...  
 ...Klageobjekt so hoch ist, daß die Gerichtskosten nur...  
 ...unter erheblicher Einschränkung der gewöhnlichen...  
 ...Lebensweise aufgebracht werden könnten.

Das Armenrecht wird aber nur bewilligt, wenn...  
 ...die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidi...  
 ...gung nicht mutwillig oder aussichtslos erscheint.

Durch die Bewilligung des Armenrechts erlangt...  
 ...die Partei 1. die einstufige Befreiung von der

nach Jahrhunderten ein. Ja, man hat die Festungs...  
 ...mauern alter Städte abgebrochen und darin noch völlig...  
 ...weichen Wörtel vorgefunden. Leute, die die chemischen...  
 ...Vorgänge bei der Wörtelherkunft nicht kannten, sind...  
 ...kopfschüttelnd davongegangen; sie möchten wohl an ein...  
 ...Wunder glauben.

Langsamer Verkauf des Möbels vermehrt die...  
 ...Festigkeit des Wörtels bedeutend. Jeder Maurer weiß, daß...  
 ...der Fuß in Gebäuden, die schnell trocken geheizt werden...  
 ...sehr bröckelig und mürbe ist, und daß Mauerwerk, wel...  
 ...ches in der Sonnenhitze des Sommers schnell trocken, keine...  
 ...große Festigkeit besitzt. Bei diesen Arten des Ausdornens...  
 ...wird dem Wörtel zu schnell das Wasser entzogen, ohne...  
 ...daß es ihm möglich wäre, in der gegebenen kurzen Zeit...  
 ...die erforderliche Kohlenäure aus der Luft anzuziehen...  
 ...Auch trockene poröse Ziegelsteine entgegen dem Wörtel...  
 ...schnell das Wasser und verringern seine Bindekraft; des...  
 ...wegen sollen die Ziegelsteine vor dem Vermauern gründ...  
 ...lich mit Wasser getränkt werden.

Da der Kalkmörtel ein Luftmörtel ist, der im Wasser...  
 ...nicht erhärtet, so darf man ihn in feuchter oder nasser...  
 ...Umgebung nicht verwenden. Steilt man Kalkmörtel usw...  
 ...mit Kalkmörtel her, so muß man das Mauerwerk bis...  
 ...zum Erhärten des Mörtels von Luft umspülen lassen...  
 ...und es durch Asphaltpappe und Gubromanstrich gegen die...  
 ...Erdfeuchtigkeit schützen. Auf keinen Fall darf der Kalk...  
 ...mörtel mit verwesenden, stickstoffhaltigen Substanzen...  
 ...wie Jauche, Mist, Düngergütern in Verbindung kommen...  
 ...weil sich dann salpeterförmiger Kalk, der Mauerjalpeter bildet...  
 ...welcher Feuchtigkeit aufnimmt und wodurch das Mauer...  
 ...werk zerstört wird. Auch darf der Kalkmörtel nicht mit...  
 ...Erde zusammenkommen, da diese stets etwas Kochsalz ent...  
 ...hält. Die Bestandteile des Kochsalzes und des Kalkes ver...  
 ...binden sich zu kohlenstoffsaurem Natrium (Natron) und zer...  
 ...stießlichem Chloralkalium, wodurch das Mauerwerk leicht...  
 ...stark geschädigt wird. In feuchtem Mauerwerke findet...  
 ...ferner der Hauschwamm, dessen winzig kleine Sporen...  
 ...überall zu finden sind, einen günstigen Nährboden; er...  
 ...vermag das Mauerwerk gründlich zu zerstören, und häufig...  
 ...werden dann kostspielige Schwammreparaturen er...  
 ...forderlich.

Befreiung der rückständigen und künftig erwach...  
 ...senden Gerichtskosten, einschließlich der Gebühren der...  
 ...Beamten, der den Zeugen und den Sachverständigen...  
 ...zu gewährenden Vergütung und den sonstigen baren...  
 ...Auslagen, sowie der Stempelsteuer; 2. die Befreiung...  
 ...von der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten; 3. das Recht...  
 ...daß ihr zur vorläufig unentgeltlichen...  
 ...Bewirkung von Zustellungen und von Vollstreckungs...  
 ...handlungen ein Gerichtsvollzieher und, insoweit eine...  
 ...Vertretung durch Anwälte geboten ist, zur vorläufig...  
 ...unentgeltlichen Wahrnehmung ihrer Rechte ein Rechts...  
 ...anwalt beigeordnet werde.

Die Bewilligung des Armenrechts hat aber auf...  
 ...die Verpflichtung zur Erstattung der dem G e g n e r...  
 ...erwachsenden Kosten keinen Einfluß.

Wer das Armenrecht in Anspruch nehmen will...  
 ...muß sich zunächst mit einem Besuch um Ausstellung...  
 ...des sogenannten „Armutszuzeugnisse“ an die...  
 ...obrigkeitliche Behörde (in Preußen an die Ortspolizei...  
 ...behörde, in Staaten mit Königlich Polizeiver...  
 ...waltung an den Magistrat) wenden. In dem Gesuche...  
 ...sind anzugeben der Stand oder das Gewerbe, die...  
 ...Vermögens- und Familienverhältnisse und der Betrag...  
 ...der zu entrichtenden direkten Staatssteuer.

Mit dem Armutszuzeugnis ist nun bei dem zu...  
 ...ständigen Prozeßgericht unter Darlegung des Streit...  
 ...verhältnisses mit Angabe der Beweismittel die Be...  
 ...willigung des Armenrechts zu beantragen. Das...  
 ...Gesuch kann auch bei dem Gerichtsschreiber zu...  
 ...Protokoll gegeben werden.

Wird das Armenrecht bewilligt, so tritt dies nur...  
 ...für die erste Instanz, einschließlich der Zwangs...  
 ...vollstreckung. In der höheren Instanz ist jedoch der...  
 ...Nachweis des Unvermögens nicht mehr erforderlich...  
 ...d. h. die Beibringung des Armutszuzeugnisses von der...  
 ...Ersitzbehörde, wenn das Armenrecht in der vorher...  
 ...gehenden Instanz bewilligt war. Natürlich kann das...  
 ...Armenrecht in der höheren Instanz verweigert werden...  
 ...wenn die weitere Rechtsverfolgung mutwillig oder...  
 ...aussichtslos erscheint. Hat jedoch der Gegner das...  
 ...Rechtswittel eingelegt, so ist diese Voraussetzung in...  
 ...der höheren Instanz nicht zu prüfen.

Wird das Armenrecht einem Kläger, Berufungs...  
 ...Kläger oder Revisionskläger bewilligt, so tritt damit...  
 ...zugleich für den G e g n e r die einstufige Befreiung...  
 ...von den Gerichtskosten ein. Unterliegt der Gegner...  
 ...aber im Prozeß, so muß er die Gerichtskosten zahlen...  
 ...Ebenso muß der Gegner in diesen Fällen die Gebühren...  
 ...und Auslagen für die für die arme Partei bestellten...  
 ...Gerichtsvollzieher und Rechtsanwälte tragen. Der...  
 ...für einen Armenprozeß bestellte Rechtsanwalt hat...  
 ...also ein großes Interesse daran, den Prozeß so zu...  
 ...betreiben, daß er gewonnen wird; denn nur dann...  
 ...hat er Aussicht auf Erlangung der Gebühren, einen...  
 ...zahlungsfähigen Gegner vorausgesetzt.

Ueber das Gesuch um Bewilligung des Armen...  
 ...rechts oder über die Entziehung desselben entscheidet...  
 ...das Prozeßgericht.

Gegen den Beschluß, durch welchen das Armen...  
 ...recht bewilligt wird, findet kein Rechtsmittel, gegen...  
 ...den Beschluß, durch welchen das Armenrecht ver...  
 ...weigert oder entzogen wird, findet die Beschwerde...  
 ...statt. Die Beschwerde ist bei dem Gericht an zu...  
 ...bringen, welches die angefochtene Entscheidung...  
 ...erlassen hat. Die Entscheidung erfolgt durch...  
 ...das im Instanzenzuge zunächst höhere Gericht. Eine...  
 ...Frist für die Einlegung der Beschwerde ist nicht vor...  
 ...geschrieben.

Die Vorschriften der Zivil-Prozeß-Ordnung über...  
 ...das Armenrecht finden auch entsprechende Anwendung...  
 ...auf das Verfahren vor den Kaufmanns- und...  
 ...Gewerbergerichten und in dem Verfahren be...  
 ...treffend die Angelegenheiten der freiwilligen...  
 ...Gerichtbarkeit.

**Allgemeines.**

Ein „Kapitalverbrechen“. Durch den sozialdemo...  
 ...kratischen Mitterwaid geht folgende Notiz:

„Christliche Bettelei. Von einer Bettelei, die auf...  
 ...die derzeitigen Verhältnisse in den christlichen Gewer...  
 ...schaften ein bezeichnendes Licht wirft, wird dem „Grund...  
 ...stein“ aus Hildesheim berichtet. Dort will sich der...  
 ...christliche Bauarbeiterverband eine Fahne anschaffen...  
 ...Da er die Mittel dazu nicht hat, so bettelt man bei...  
 ...den Unternehmern und Bentrumsgrößen um milde Ga...  
 ...ben. Der Maurer Borgas wurde zu diesem Zweck...  
 ...mit einer vom christlichen Verbands gestempelten Liste...  
 ...herumgeschickt. Und siehe da: der Maurermeister und...  
 ...Bürgervorsteher Gieren gab 5 M., andere Herren gaben...  
 ...weniger. Das schönste aber ist, daß sich der christliche...  
 ...Verband von dem Maurermeister Gieren die Weihenrede...  
 ...halten läßt! Im Jahre 1910 wurden die christlich or...  
 ...ganisierten Kollegen aufs Pfaster geworfen; und der...  
 ...Mann, der jetzt von der christlichen Organisation für...  
 ...würdig gehalten wird, die Fahne zu weihen, hat noch...  
 ...vor wenigen Jahren, als die freie und die christliche...  
 ...Organisation um ihre Anerkennung rangen, beiden Or...  
 ...ganisationen als ihr erbitterter Feind sein „Niemals“...  
 ...entgegengerufen. Man sieht, die Zeiten ändern sich!“

Dazu sei folgendes bemerkt:  
 ...Seit Jahrzehnten findet alljährlich in Hildesheim ein...  
 ...großes Volksfest, verbunden mit einem historischen Fest...  
 ...zug, statt. Solange die „freien“ Gewerkschaften noch

nicht weiter der Kunde der sog. Partei standen, beteiligten dieselben sich sehr rege am Festzuge. Sämtliche Gewerke mit ihren Fahnen, Bannern und Emblemen gaben dem Festzuge ein farbenprächtiges Gewand. Wie fühlten sich doch die heutigen „Genossen“ feinerzeit im Festzuge so wohl.

Als jedoch von Partei wegen den Gewerkschaften die Teilnahme am Festzuge verboten wurde, verlor auch der Festzug sein äußeres Gepränge.

Man setzte sich der Volkseigentumsrat, dessen Vorsitzender angeblich Herr Senator und Maurermeister Gieren ist, mit dem christlichen Gewerkschaftsrat in Verbindung, ob es nicht möglich zu machen sei, den Festzug in seiner alten Form wiederherzustellen. Die christlichen Gewerkschaften sagten zu, und der Festzug bekam sein historisches Gepränge wieder.

Dass sich die christlichen Maurer nun zum diesjährigen Festzuge eine Fahne zulegte, wer will es ihnen verzeihen; und dass diese Fahne vom Vorsitzenden des Volkseigentumsrates, in diesem Falle von einem Senator der Stadt Gildesheim und zugleich Maurermeister, mit würdigen Worten und mit donnerndem Hoch dem Verbanne übergeben wurde, was schadet's? Und haben Freunde des christlichen Festzuges, die Unternehmer sind, ihr Erscheinen zur Fahne feigefeuert, was geht's die „Genossen“ an? Gewandert wird damit an der Haltung des christlichen Verbanne nicht das geringste. Er wird nach wie vor mit Entschiedenheit die Interessen seiner Gildesheimer Mitglieder tragen.

Wägen sich die „Genossen“ aber doch an die eigene Nase fassen. Wann's gilt, rote Gewerkschaftshäuser zu bauen, dann flinkt auch das Geld eines Maurer- oder Zimmermeisters nicht. Dann wird Geld genommen, wozu es zu kriegen ist, ob von Christen, Juden oder Hottentotten. Wir machen den Vorschlag, der Öffentlichkeit mal mitzuteilen, wie die Sozialdemokratie gerade mit Schürmachern in Verbindung steht. Wie sieht es mit den Bräueren aus, von denen die Genossen für ihre Gewerkschaftshäuser die Hypotheken haben? Besonders dürfte die Stellung der Bräuererei in Gildesheim, Hannover u. a. von großem Interesse für die Öffentlichkeit sein. Ferner: Hat August Behel nicht auch die hohen Ehrbeihen von bürgerlichen Personen angenommen, ja bei der letzten, die von einem Offizier stammte, sich sogar mit dessen Familie gerichtlich auseinandergesetzt? Gaben nicht die „Sozialistischen Monatshefte“, eine wissenschaftliche sozialdemokratische Zeitschrift, eine große Partei aufgenommen und nicht zuletzt bei den „verrückten“ Bürgerlichen? Und wie werden die Einzelverbände und andere Wohltätigkeitsvereinigungen von den Sozialdemokraten gebrandschagt? Wie viel rote Baugewerkschaft mag es geben, die, wenn der Unternehmer an den Bau kommt und ein Loch hier ausgeben oder sonst etwas spendieren will, dieses ablehnen, weil es eben vom Unternehmer kommt? Man frage uns nicht, denn das ist zu gut bekannt. Und gibt es keine roten Verbände, die Fahnen haben? — Man frage einmal in Königsberg und Dantsch an, auch wo sie die selben her haben.

**Schelte Streikmoral.** In Solingen, wo sich die Sozialdemokraten aneinander unter sich „brüderlich“ verhalten, fand kürzlich eine Selbstmordhandlung von „freien“ Gewerkschaftsmitgliedern gegen den Führer Ern des Solinger Gewerkschaftsverbandes vor dem Schöffengericht zur Verhandlung, weil Ern seinen „zentral“ organisierten Streikgewerkschaften vorgeworfen hatte, der Streikverbreiter der Metallarbeiterverbände, Herr Schewerdt nicht, mache in dieser Gerichtsverhandlung Aufstellungen über den Begriff: Streikbruch, die in Widerspruch mit dem sozialdemokratischen Streikbruchbegriff stehen und. Der Streik der Solinger Sozialdemokraten wäre nämlich aus, daß wenn eine Organisation den Streik beschließt, dieser Beschluß unter keinen Umständen aufgehoben sein könne für die Mitglieder einer solchen Organisation. Wenn letztere weicherarbeiten, so hätte man dieses nicht als Streikbruch bezeichnen. Den hohen Gericht habe nach der Richtung hin der Bergarbeiterverband, bei dem einzelne Organisationen der Bergarbeiter, wozugegen eine andere Organisation eine allgemeine Streikbeschluß legte. Es hätte nun kein bürgerliches Gericht einwischen können, die verschiedenen Parteien als Streikbrüche anzusehen. — Ein der Vorsitzenden des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Solingen. Das sind Kränkelsfälle für die roten Gewerkschaften und sozialdemokratischen Schöpfung. Wir warnen die bürgerlichen Richter über „Streikbruch“ und „Arbeiterverrat“ der christlichen Bergarbeiter gewarnt haben.

**Ein roter Knecht.** Unter der Überschrift: „Schlichter Arbeiterverrat“ oder „Christliche Sabotage“ berichtet die sozialdemokratische Presse einen Vorgang aus dem nach dem in M. Gladbach für ihre Sache und gegen die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen. Zu Ende des Jahres 1911 ist der christlich organisierte Gewerkschaftsrat in der Schöffengericht S. Rißbach in M. Gladbach zur Auseinandersetzung gezwungen, um eine Entscheidung über Streitigkeiten abzugeben, die durch einen neuen Tarifvertrag herbeigeführt wurde. Der Streit ging nach Streitigkeiten aus den Reihen des sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbandes hervor. Zur Anzahl der Beteiligten wurden auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften ermittelt. Die Verurteilung ist, was wohl niemand erwarten kann, sehr schuldig. Die Richter werden für diesen Streich sogar gehandelt, nämlich zu Geldstrafen von 20–50 M. und Inhaftung von 3 bis 6 Monaten. Dies der wahrheitsgemäße Vorgang der durch die sozialdemokratische Verleumdung aus

Arbeit und Existenz gebrängter Arbeiter ist ohne weiteres zu beurteilen, aber die sozialdemokratische Presse ist am allerletzen befugt, daraus Kapital zu schlagen. Die Sozialdemokratie verübt tagtäglich in ungezählten Fällen einen viel brutaleren Terrorismus; sie sollte im vorliegenden Fall zuerst den schändlichen Verrat der Buchbindergenossen in M. Gladbach brandmarken, die durch ihren durch nichts zu entschuldigenden Streikbruch die eigentliche Ursache zu dem Vorgang gewesen sind.

**Das Dynamitattentat in Uffeln bei Dortmund.** Bekanntlich wurden während des verpfuschten Bergarbeiterstreiks im vergangenen Frühjahr gegen nichtstreikende Bergleute mehrere Dynamitattentate verübt, die glücklicherweise ohne Menschenverluste abgingen. Die Sprengkörper wurden an den Haustüren angebracht und dann zur Explosion gebracht. Das Haus eines Bergmannes wurde arg demoliert. Die Täter wurden nicht gleich ermittelt, aber man vermutete sie im sozialdemokratischen Lager. Das hat sich denn auch bewahrheitet. Als Anführer kam der Bergmann Schaper, Mitglied der sozialdemokratischen Partei und des „freien“ Bergarbeiterverbandes, in Betracht, ein in den dreißiger Jahren stehender Mann, der auch als „Sicherheitsmann“ gewählt war und sich die Dynamitpatronen auf der Tasche verschafft hatte. Seine Mitbeteiligte waren anfangs der zwanziger Jahre stehende junge Bergarbeiter. Schaper ging jedoch nicht mit zu der Ausübung des von ihm angeführten Verbrechens, sondern blieb hübsch zu Hause. Der Staatsanwalt beantragte gegen Schaper 12 Jahre, gegen Jungemann, Meier, Sawatzki je sechs Jahre Zuchthaus und Ehrverlust, gegen die übrigen Angeklagten Gefängnisstrafen von zwei bis fünf Jahren. Das Urteil lautete gegen Schaper auf sechs Jahre Zuchthaus, gegen Meier, Jungemann und Sawatzki auf drei Jahre Zuchthaus und Ehrverlust gegen die vier; Adermann wurde zu einem Jahre, Manst und Dahlhoff zu je neun Monaten und Gutschlag zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Man kann wirklich Mitleid mit diesen Männern haben, denn sie sind nur Opfer der traurigsten Verhüllung, wie sie im Führerrevier gang und gäbe ist. Man lese nur die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ und die sozialdemokratische Bergarbeiterzeitung. Dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn kurzfristige Arbeiter sich so weit hinreißen lassen.

**Die christlichen Bergarbeiter auf dem internationalen Bergarbeiterkongreß.** In der zweiten Juliwocche fand in Amsterdam der internationale Bergarbeiterkongreß statt, an dem sich die englischen, französischen, amerikanischen, holländischen und deutschen Bergarbeiterverbände beteiligten. Aus Deutschland beteiligten sich der sozialdemokratische, der polnische und der Kirich-Dundersche Verband. Früher nahm auch der Gewerkschaftsbereich christlicher Bergarbeiter daran teil, den man jedoch hinausgegraut hat durch einen Beschluß, nach dem nur eine Organisation aus jedem Lande teilnehmen kann. Nachdem man jedoch den Gewerkschaftsbereich christlicher Bergarbeiter drängen, d. h. isoliert hatte, ließ man die Polen und Kirich-Dunderschen wieder zu. Von welcher Stimmung der Amsterdamer Kongreß gegen die christlichen Bergarbeiter erfüllt war, darüber schreibt der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 522):

Der Gegenstand besonderen Mißtraus und eines unerbittlichen Hasses bildeten die christlichen Grundarbeiter, die kurzweg als Verräter an der guten Sache gebrandmarkt wurden, denn sie haben die Schuld, daß die deutschen Bergleute in ihrem Kampf mit den Zeichenheißern so schlecht abgeschrieben haben. Auch in Holland stehen sie dem Aufkommen der allein berechtigten „Organisation“ hindernd im Weg. Auf irgendwelche Untersuchung der Beweggründe dieses „Verrats“ wurde nicht eingegangen, dafür wäre hier auch kein Raum gewesen. So man nur einen einzigen Standpunkt als den berechtigten anerkennt, da lohnt es sich garnicht, eine abweichende Meinung zu unterstützen. Aus der Feindschaft der gegen diese christlichen Arbeiter geschleuderten Worte geht aber hervor, daß sie als ein sehr empfindlicher Biß im sozialdemokratischen Fleisch gefühlt werden.

**Ist das nicht interessant?** Weil sie nach jeder Richtung immer mehr an Bedeutung verlieren, spielen sie seit längerer Zeit die getreuen Fiedelstimmen der Sozialdemokraten. Nämlich die Kirich-Dunderschen Gewerkschaften. Ihre unwürdige Rolle glauben sie am besten zu vertuschen, wenn sie recht kräftig auf die christlichen Gewerkschaften einschlagen, um diese bei der Arbeiterschaft in Mißkredit zu bringen. Die jährlichen Generalversammlungen der Kirich-Dunderschen meinten das richtigste Rezept entdeckt zu haben. Sie bringen Berichte der sozialdemokratischen Tagespresse, modeln diese um und zeigen der Welt, daß die christlichen Gewerkschaften nichts weiter sind als konservative Trabantengewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaftsführer müssen ihre Kraft reißlos der Agitation der Konservativen zur Verfügung stellen. Die christlichen Gewerkschaften in Sachsen sind auf die Hilfe und das Geld der Konservativen angewiesen, usw. So schreiben Kirich-Dundersche Blätter. Daß es sich hierbei um weiter nichts handelt, als um habilsche Verdächtigungen, geht aus eben denselben Blättern nachzuweisen. In gleicher Zeit berichtet das Kirich-Dundersche Zentralorgan, „Der Gewerkschaft“, Nr. 50, 1912, ganz ernsthaft: „Die Führer der christlichen Gewerkschaften sind mit einer einzigen Ausnahme Parteigänger des Zentrums.“ Die Kirich-Dundersche „Deutsche Bergarbeiterzeitung“ Nr. 29, 1912, teilt in einem Verfassungsvertrag aus Erdmannsbuch mit, daß der Hauptgeschäftsführer Reichelt-Spremburg ein Mitglied der christlichen Gewerkschaften anführe, die im Banne des Zentrums stehen. In demselben Blatt nebenan aber behauptet dasselbe Blatt, in demselben Blatt ein evangelischer Faktor der Führer der christlichen Gewerkschaften. Die

aber gelegentlich der letzten Reichstagswahlen einige gestellte der christlichen Gewerkschaften in Sachsen haben durch die kirchliche Wahlhilfe leistung, werden sie in gleichen Nummer der gleichen Kirich-Dunderschen „Deutsche Bergarbeiterzeitung“ als „liberale Wahlmacher“ gebrandmarkt. Bekanntlich liegen die Kirich-Dunderschen Gewerkschaften im Sterben. Ihre Krankheit heißt Mitgliederabwanderung, und ihre gegenwärtige Mitgliederzahl ist geringer als der vor zehn Jahren. In ihrer Verelendung sah man sie in neuerer Zeit öfter und näher an die Seite der Sozialdemokratie, als es sonst der Fall war. Die Aufmerksamkeit von diesen Tatsachen aber suchen abzulenken durch Verächtlichmachung der christlichen Gewerkschaften. Dabei fördern die Kirich-Dunderschen Verbände Führer und Blätter, wie oben gezeigt, Widerprüchtage, die geradezu tönisch wirken müssen.

**Die Handelskammern für vermehrte Schutz der Arbeitswilligen.** Auf Anregung des deutschen Handeltages äußern sich die verschiedensten Handelskammern der Verrechnung des Arbeitswilligenstandes. Natürlich und wie nicht anders zu erwarten, soll dieser Schutz durch ungenügend und darum der Verrechnung dringlich bedürftig sein. In erster Linie sei ein Streikpostenschutz anzustreben. So die Handelskammern Bochum und Schwelm. Die Bochumer Handelskammer täte besser, zunächst ihrer allernächsten Nähe für die Freiheit der Arbeiter einzutreten, denn es ist noch nicht allzulange her, wo man lesen konnte, daß bei kommunalpolitischen Wahlen Bochum die Arbeiter truppweise zu den Wahllokalen führt und dort im Sinne der großen Werke wählen mußten. Wer noch nicht einmal die politische Freiheit der Arbeiter respektieren kann, hat am allerwenigsten ein Recht, für deren Freiheit auf anderen Gebieten einzutreten. Der vermehrte Schutz der Arbeitswilligen will ja auch nur geordert, um die Profiteure nicht schmälern lassen. Scharfmacherische Untertnehmer und die Handelskammern Hand in Hand.

**Spaltung in der italienischen sozialdemokratischen Partei.** Auf dem in Reggio stattgefundenen Kongreß der sozialdemokratischen Partei Italiens ist es zur Spaltung gekommen. Der Grund liegt in dem Gegenstand zwischen Radikalen und Revisionisten. Letztere billigen auch das Tripolisunternehmen der italienischen Regierung während erstere sich vollständig ablehnend verhalten und gerne einen revolutionären Ton anschlagen. Vier Abgeordnete, die in der italienischen Kammer sich offen auf die Seite der Regierung und ihres Vaterlandes gestellt hatten, wurden aus der Partei ausgeschlossen, womit die Spaltung perfekt war.

### Wirtschaftliche Bewegung.

**Essener Eisenleger (Sperre über die Baumataterialien-Vertriebsgesellschaft Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiten des Zwischenmeisters Geisen. Köln (für Plattenleger die Zwischenmeister Geisen, Sperre über die Firmen Paul Weser an den Arbeiten der Forts I (Komar) und VIII (Nüssenberg). Lüdinghausen (Streik der Maurer und Sanftarbeiter). Herne i. Westf. (Sperre für Zimmerer ist die Firma Seiger). Köln a. Rh. (Sperre über die Betonfirmen Hüler & Comp. und Gebrüder Schömer). Gelsenkirchen (Eisenleger). Sperre über die Firma Hünnebeck & Co. Oberglogau, Kreis Neustadt (Sperre über den Baunternehmer Witz wegen Nichterfüllung des bestehenden Tarifs). Minden i. W. (Streik am Kanalbau bei der Firma Feld u. Franke). Berlin (Dachdecker). Gesperri sind die Firmen A. Barents, A. Wenz, Christoph. Kopp & Cie. Frankfurt (Streik der Maurer und Bauarbeiter). Coblenz (Streik der Plattenleger). Zugzug ist fernzubalten.**

**Bezirk Köln.** Unsere Lohnbewegung hat zum Abschluss eines Tarifvertrages mit einer ansehnlichen Lohnerhöhung geführt. Da die hiesigen Bauarbeiter seit 1905 unorganisiert waren, waren die Lohnverhältnisse begründetermaßen sehr zurückgeblieben. Nachdem es nunmehr gelungen war, die Kollegen für den Verband zu gewinnen, wurde sofort über die Aufstellung der Forderungen beraten. Nach reiflicher Ueberlegung entschieden sich die Kollegen dafür, die Forderungen zunächst in Form einer Beschränkung, zu beschränken. Dieses hauptsächlich deshalb, weil erstens infolge des Jahrgelbes und des Zeitverhältnisses der Lohn in Königswinter, Niederdollendorf und Oberkassel für die in Königswinter wohnenden Arbeiter höher sein muß, zweitens um bei einem eventuellen Lohnkampf in genannten Orten Verdienstmöglichkeit zu haben. Auf die eingereichte Forderung erklärten sich die Unternehmer zu Verhandlungen bereit. Die Meinungen über die Lohnfestsetzung ging bei den Unternehmern auseinander. Während drei Unternehmer in niedriger Erkenntnis über die Bedeutung des Tariflohnes dafür traten, einen Mindestlohn festzulegen, wollten die übrigen die bis jetzt vorhandenen Klassenlöhne beibehalten und dieselben um 2 Pf. erhöhen. Bei der ersten Verhandlung wurden unterjenseits drei Einigungsvorschläge gemacht. Der letzte Vorschlag lautete: Ab 15. Juli 1912 für Maurer 47 Pf., für Hilfsarbeiter 38 Pf.; ab 1. Oktober 1912 für Maurer 49 Pf., für Hilfsarbeiter 41 Pf.; ab 1. April 1913 für Maurer 54 Pf., für Hilfsarbeiter 46 Pf. Die beiden Unternehmer Breden und Brung machten darauf folgendes Angebot: Ab 15. Juli 1912 45 bzw. 38 Pf.; ab 1. Oktober 1912 48 bzw. 40 Pf.; ab 1. April 1913 52 bzw. 44 Pf. Unsere Forderungen sind ab 15. Juli 1912 50 Pf. für Maurer, 42 Pf. für Hilfsarbeiter, ab 1. April 1913 für Maurer 54 Pf. für Hilfsarbeiter 46 Pf. vor. Eine Einigung über den Vorschlag von Breden und Brung wurde nicht erzielt, weil die übrigen Unternehmer erst unter sich überleg-

wollten, ob sie den Aufträgen der Herren Boden und Brungs beitreten wollten. Bei der zweiten Verhandlung traten die anderen Unternehmer, mit Ausnahme Wermers, dem Vorschlag bei. In einer am 7. Juli stattgefundenen Versammlung stimmten die Kollegen dem Verhandlungsergebnisse zu. Im Laufe der folgenden Woche erkannten dann alle Unternehmer, auch Herr Wermers, den Tarif durch Namensunterschrift an. Sonnes ist nunmehr in die Reihe der Orte eingetreten, wo die Bauarbeiter zu tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnissen arbeiten. Außer der Lohnhöhe steht der Tarif vor: Die normale Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, im Winter nicht unter 8 Stunden. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagarbeit sind genau festgelegt und Vergütungen vorgesehen. Die Lohnzahlung findet freitags vor Feierabend auf der Baustelle statt. Bei kleineren Arbeiten ist der Lohn während der Arbeitszeit von der Geschäftsstelle abzuholen. Es wird ohne Kündigung gearbeitet, doch darf das Arbeitsverhältnis nur am Abend gelöst werden. Zur Ueberwachung des Vertrages ist eine Kommission von 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern eingesetzt. Als Obmann des Vertrages ist der Stadtbaumeister in Sonnef vorgesehen. Maßnahmen wegen Tätigkeit für die Organisation dürfen nicht stattfinden. Der Tarif läuft bis zum 31. März 1914. Dieser Tarif bringt den Kollegen eine gute Verbesserung. Am 1. April 1912 betrug die Verbesserung gegen den Lohn, wie er noch dieses Frühjahr stand, 80 Pf. bis 1 Mark pro Tag. Dazu kommen dann die tariflich geregelten Verhältnisse. Es wird nun in Sonnef keinen Bauarbeiter mehr geben, der sagt, daß für Sonnef der Verband keinen Zweck hätte. Diesen Erfolg hätten wir schon einige Jahre früher haben können, wenn die Kollegen 1906 organisiert geblieben wären. Soll der abgeschlossene Tarif auch regelrecht gehalten werden, dann muß nun jeder darauf bedacht sein, daß es in der Zukunft in Sonnef keinen unorganisierten Bauarbeiter mehr gibt. Eine am 14. Juli stattgefundene Versammlung faßte den Beschluß, nunmehr den Unternehmern in Königswinter, Niederollendorf und Oberkassel die Forderung auf den Abschluß des allgemeinen Tarifs mit den in Troisdorf festgelegten Löhnen zu unterbreiten. Antwort wird bis zum 25. August erbeten. Hoffentlich gelingt es, auch hier unsere Wünsche durchzuführen.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsnachrichten sind sofort nach Stattfinden der Versammlung einzufenden. Dieselben sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden und muß an einer Stelle ein ca. zweifelhafte Hand freibleiben (für notwendige Korrekturen).

**Mitmachen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 28. Juli, der zweiundzwanzigste Wochenbeitrag fällig ist.**

**Hannover.** Am Sonnabend, den 13. Juli, fand die Auszahlung vom 2. Quartal statt. Der Kassierer, Kollege Schneider, erstattete den Quartalsbericht. Aus demselben sei folgendes angeführt: Die Einnahme betrug ohne alten Kassenbestand 2981,60 Mark, der folgende Ausgaben für die Zentralkasse gegenüberüberheben: Im Krankenunterstützung wurden 479,90 Mark, Sterbunterstützung 40 Mark ausgezahlt, so daß noch 8821,46 Mark in bar an die Zentralkasse abgeführt werden konnten. Die lokalen Einnahmen betragen einschließlich des Kassenbestandes 3968,13 Mark, die Ausgabe war 1625,24 Mark, so daß ein Kassenbestand von 2322,79 Mark verbleibt. Die Mitgliederzahl war am Schlusse des ersten Quartals 972, am Schlusse des zweiten Quartals 1006. Die abgehaltenen Versammlungen waren nicht gut besucht, was unter allen Umständen besser werden muß. Allgemein war die Konjunktur schlecht zu nennen, so daß viele Kollegen anderwärts Arbeit suchen mußten. Es kam noch hinzu, daß in der Metallindustrie ein längerer Streik und Aussperrung um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt wurde, wodurch das Baugewerbe in Mitleidenschaft gezogen wurde. Es fehlte daher an den meisten Bauten das Eisen und wurden die Bauarbeiter arbeitslos. Von dem Streik selbst wurden auch einige Mitglieder unseres Verbandes betroffen, diese wurden mitausgesperrt. Die Aussperrung währte ziemlich ein Vierteljahr. Nachdem diese Bewegung beendet und allmählich die Tätigkeit wieder aufgenommen ist, steht zu hoffen, daß das dritte Quartal ein weit besseres wird. Die begonnenen Bauten lassen darauf schließen, daß wir in diesem Herbst noch mit einer guten Konjunktur rechnen dürfen. Dies muß von unseren Kollegen auf den Bauten und in der Kleinagitation ausgenutzt werden, damit sich die Einnahmen im nächsten Quartal bedeutend steigern, aber auch die Mitgliederzahl vergrößert. Die weiteren Punkte der Tagesordnung waren interner Natur.

**Schwerin (Mecklenburg).** Nachdem die hiesigen Tabalarbeiter, sowie der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- und Hilfsarbeiterverband je eine Gruppe gegründet haben, kamte hier auch ein christliches Gewerkschaftskomitee errichtet werden. In einer kombinierten Versammlung wurden von den Kollegen Schiller, Meyer und D. Müller sowie die Notwendigkeit, sowie Zweck und Ziele eines Gewerkschaftskomitees in ausführlicher Weise geschildert. Die Ausführungen fanden reichen Beifall. Nachdem nun die einzelnen Gewerkschaften ihre Delegierte gewählt hatten, konnte am Sonntag, den 7. Juli, die erste Kartellversammlung abgehalten werden. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Josef Schiller, Rahbad Nr. 12, als Kassierer Kollege Albert Niese, als Schriftführer Kollege Albert Gebert. Revisoren wurden die Kollegen Ludwig Kanja und Kreil. Der Beitrag wurde pro Mitglied und Jahr auf 40 Pf. festgelegt. Die Kartellversammlungen finden jeden Monat statt, und zwar jeden Sonnabend nach dem Essen. Es wurde darauf hingewiesen, daß bei derselben auch immer alle angrenzenden Gewerkschaften vertreten sind. Mit einem beifolgend aufgenommenen Hoch auf das neugegründete

Kartell wurde die erste Sitzung geschlossen. Mögen nun die einzelnen Delegierten auch dafür Sorge tragen, daß die gesteckten Ziele in dem neugeschaffenen Hort der hiesigen christlichen Gewerkschaften auch verwirklicht werden. In diesem Sinne rufen wir allen Kollegen zu: nun frisch auf zu diesen edlen Werken.

## Jugendabteilung.

**Pöppel.** Am Sonntag, den 7. Juli, vormittags 11 Uhr, unternahm unsere Jugendabteilung einen Ausflug nach Rohmal-Sagorsch, unter Führung des Kollegen Deuster-Danzig. Pünktlich war eine größere Anzahl Kollegen zur Stelle, und hinaus ging's in fröhlicher Fahrt. In Rohmal-Sagorsch wurde Kast gemacht. Alsdann ging's unter Gesang durch den herrlichen Wald zur Oberförsterei Sagorsch, und von da durch Ciebau bis zur Ortschaft Nielau, von wo die Heimfahrt angetreten wurde. Der Sonntag hat uns große Freude bereitet. Für die nächste Zeit ist eine Besichtigung der Eisenbahn-Hauptwerkstätte in Danzig in Aussicht genommen. Die Erlaubnis hierzu ist uns von der Eisenbahndirektion bereits erteilt.

## Zimmerer.

**Meine.** Troghem sich in den letzten Jahren die Organe des Deutschen Bauarbeiterverbandes einerseits und des Zentralverbandes der Zimmerer andererseits in schärfer Weise gegenseitig beschimpft und bekämpft haben, fühlen sich doch noch einige Mitglieder des hiesigen „freien“ Bauarbeiterverbandes berufen, dem Zimmererverband hier die Wege zu ebnen. Nach langer mühseliger Arbeit haben sie es endlich fertig gebracht, uns einen ganzen Zimmerer abspenstig zu machen. Durch diesen kolossalen Erfolg ermutigt, glaubten sie nun, mal endlich an die Öffentlichkeit treten zu müssen. Unsererseits war zum Freitag, den 12. Juli, abends, eine Spezialversammlung für Zimmerer anberaumt, welche von 24 Mitgliedern unserer Verwaltungsstelle besucht war, außerdem hatten sich ein „Genosse“ und ein unorganisierter Zimmerer eingefunden, letzterer war beim Verlassen der Versammlung Mitglied unseres Verbandes. Kollege Müller gab eine gute Aufklärung aus dem eigenen Organ der Zimmerer. Der Vortrag wurde mit Begeisterung aufgenommen. Einige unserer Kollegen hatten schon eine schriftliche Einladung zu der am folgenden Abend stattfindenden Zimmerer-Versammlung mit der Tagesordnung: „Warum müssen sich auch die Zimmerer von Meine und Umgebung Mann für Mann dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands anschließen?“. Eine Anzahl Kollegen meldeten sich, die Versammlung besuchen zu wollen. Dieselben erlebten aber allerlei Enttäuschungen. Die gleich nach 6 Uhr anberaumte Versammlung fing erst um 7 1/2 Uhr an. Außerdem war der Referent Viktor Jansen ausgeblieben. Dafür hatten sich aber zwei andere Herren eingefunden. Die Versammlungsbefucher bestanden aus zwei Referenten, vier Mitgliedern des „freien“ Bauarbeiterverbandes, einem Zimmerergenossen und neun Zimmerern unserer Seite. Das Referat war begeisterte Weise sehr schmeichelhaft, das Neutralitätsmäntelchen wurde aus der Mumpelkammer geholt, und man versuchte damit unseren Kollegen klarzumachen, daß im Zimmererverband Religion wirklich Privatsache sei. Der Referent betonte, daß diejenigen Kameraden, die ihre religiösen Pflichten erfüllen, in der Regel die besten seien, und man ihnen wohl sogar einen Posten als Bezirkskassierer anvertrauen könne. Mit seinem Referat landete er schließlich in der Marokkoangelegenheit. Darauf Diskussion! Nachdem einer unserer Kollegen sich der Sache angenommen und für unsere Bewegung eingetreten war, legte er dem Referenten ans Herz, daß seine „Schmeichelei“ hier wohl von keinem großen Erfolg gekrönt sein würde, er schloß mit einem Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter, worin alle unsere Kollegen eintrifften. Darauf forderte er alle unsere Kollegen auf, mit ihm den Saal zu verlassen, was auch geschah, so daß die beiden Referenten mit vier freien Bauarbeitern und zwei Zimmerern allein im Lokal blieben. Um seinem erzünten Herzen Luft zu machen, rief einer der vier „freien“ Bauarbeiter unseren Kollegen am Sonntag auf beliebiger Straße mit „Freigang“ an. Auch eine Klangleistung für solche Maulhelden.

## „Ach, wir haben ja doch nichts zu sagen.“

Organisation bedeutet Zusammenschluß — Zusammenschluß von Massen, bedeutet Vereinigung von Einzelindividuen zum Zwecke der Erreichung eines großen Zieles. Organisation bedeutet aber auch Unterordnung des einzelnen unter die Gesamtheit. Wollte jeder einzelne mit seinen persönlichen Wünschen und Ansichten, die ja manches Mal vom Eigennutz, von der Selbstsucht diktiert sind, durchdringen — wäre denn dann überhaupt die Organisation möglich? Nein! Denn verschieden sind der Menschen Wünsche. Wo muß der Eigenwille dem Gesamtwillen sich unterordnen. Ein einheitlicher, starker Wille aber muß die Organisation beherrschen, weil er ihr die Geschlossenheit gibt und damit die Macht, und diese gebraucht sie zur Erreichung der gesteckten Ziele, jener Ziele, die doch allen gemeinsam sind. Und deshalb ist's eine weise Unterordnung, die die Organisation von ihren Mitgliedern verlangt; denn erst dadurch, daß bei einzelnen keine Sonderwünsche zurückbleiben und keine Kräfte gemeinsamem Streben dienstbar macht, sind Erfolge möglich. Die aber kommen doch wieder jedem einzelnen zugute.

Es ist auch keine blinde Unterordnung, die die gewerkschaftliche Organisation von ihren Mitgliedern verlangt. Die Gewerkschaften sind auf breiter demokratischer Grundlage aufgebaut, d. h., die Mitglieder selbst be-

stimmen, wie und in welchen Bahnen sich die gewerkschaftliche Betätigung bewegen soll. Gewiß, auch in der Gewerkschaft kommt man ohne Autorität nicht aus. Sie bedarf der Autorität um so mehr, als sie auf dem Prinzip der Freiwilligkeit aufgebaut ist und deshalb bei der Durchführung ihrer Aufgaben keine Zwangsmaßnahmen gegen ihre Mitglieder ergreifen kann, wie dies eine Zwangsorganisation, wie z. B. der Staat, zu tun vermag. Aber die Autorität in der Gewerkschaft ist eine die wir uns selbst gesetzt haben. Wir haben unsere Instanzen und solche, die diesen übergeordnet sind, und wir haben eine höchste Instanz: die Verbandsgeneralsversammlung. Die Vertreter in allen Instanzen aber gehen aus allgemeinen Wahlen der Mitglieder hervor. Das gilt besonders von der höchsten und letzten Instanz, der Verbandsgeneralsversammlung. Sie setzt sich in der Hauptsache aus den gewählten Vertretern der Gesamtheit der Mitglieder zusammen, und durch jene haben die Mitglieder weitgehendsten Einfluß auf den Gang der Dinge innerhalb des Verbandes. Denn da wird das Statut festgelegt, werden Änderungen an demselben vorgenommen, entsprechend den jeweiligen Verhältnissen, und die Generalsversammlung wählt den Zentralvorstand, der seinerseits wieder an das Statut gebunden ist.

Trotz dieser weitgehenden Selbstverwaltung kann man doch noch hier und da von Kollegen das Wort hören: „Ach, wir haben in Verbanen ja doch nichts zu sagen.“ Ein geflügeltes Wort: Ich weiß nicht, wer es geprägt hat; aber es kam sicher aus dem Munde eines jener Mißvergnügten, denen die Zahlung der Beiträge ein Stein, die Unterhaltungsätze zu niedrig sind. Man hört jenes Wort in Versammlungen, aber nicht oft. Destomehr aber auf den Arbeitsstellen, wo ähnlich Denkende sich stets zusammenfinden. Denn gleichgültige Seelen finden sich bekannlich zu Wasser und zu Lande. Mit dem Versammlungsbesuch gehen diese Kollegen sehr sparsam um, und daraus erklärt es sich auch, weshalb das schöne Wort in den Versammlungen weniger gehört wird. Ist aber eine Versammlung angefragt, deren Tagesordnung Gelegenheit bietet, seinem mißvergnügten und nörglerischen Herzen Luft zu machen, so erscheint der ganze Haufe der Nörgler und Eigenbröckler. Der Referent beginnt sein Referat. Kaum hält man's aus, bis er gendert. Ihnen kann er nichts Neues mehr sagen, so glauben sie wenigstens. Endlich ist er fertig, und endlich kommt der heißersehnte Punkt „Verschiedenes“ zur Abwicklung. Das ist gleichbedeutend einem Griff ins Wespennest. Kollege N. hat's Wort. Schier endlos sind die Fälle, wo es nach seiner Ansicht nicht richtig zugegangen, wo Ungerechtigkeiten vorgekommen sind. Daran und noch an manchem andere wird nun die Sonde der Kritik gelegt, und nichts entgeht seiner haarstarken Zunge. Endlich hat er sich diesen Abdruck vom Herzen weggeredet, und befreitigt setzt er sich nieder, ein triumphierendes Lächeln spielt auf seinem Gesicht und das sagt: „Denen habe ich es doch wieder einmal gesteckt.“ Seine Freunde zollen starken Beifall. Der Referent bemüht sich, die Angelegenheit wieder in das rechte Gleis zu bringen. Darob bei Koll. N. und Anhang große Erregung, und die Versammlung, die eine Bildungsstätte für den Verband sein soll, ist zum Tummelplatz kleinlicher Nörgereien und Eigenbröckereien geworden. Schluß der Debatte: Was sollen wir in der Versammlung machen, wie erhalten doch kein Recht.

Nun auf dem Bau. Nicht selten ist es der Fall, daß diese Kollegen und der Polier aus demselben Dorf oder doch schon lange befreundet sind. Ein Vertrauensmann oder der Baudelegierte kommt auf die Agitation zu sprechen. Unwillig guckt man den unangenehmen Mahner an, aber keiner sagt ein Sterbenswörtchen. Das ist allerdings in der Regel auch besser, als wenn sie reden; denn dann geschieht es doch nur, um zu bremsen. Agitation? Das sieht die Firma nicht gerne, und ihr höchstes Prinzip ist, es nur nicht mit der Firma zu verderben. Entschuldigung: Familienangelegenheiten. „Das kannst du machen, wir nicht; wir haben Frau und Kinder.“ Versammlung? „Ich habe alles mitgemacht, weiß besser Bescheid wie du. Uns könnt ihr nichts vormachen.“ Dilemma; aber auch nichts rechtmachen. Da ist man erboht über den Kassierer, weil er mißtrauisch ist über die Zahl der verlangten Arbeitslohnmarken, der Beamte soll zu gleicher Zeit auf dem Bureau und auf dem Bau sein usw. usw. Der überreizte Baudelegierte aber wird immer unbequemer, bis er eines Tages, eine Wunde im Herzen, die ungestülte Stütze verläßt. „Gottlob, daß der weg ist!“ und man atmet erleichtert auf. Wort und Spiel aus grauem Altertum werden hier zur bitteren Wahrheit:

„Es ist verlor'ne Liebesmüh', daß ich zum höheren Lebensziel ein Ziellein mir erziehl.“

Lieber Leser! Es waren keine schönen Bilder, die ich in Vorstehendem vor deinem geistigen Auge erschaffen ließ. Es sind zwar, Gott sei Dank, nur Ausnahmen, diese Kollegen, die so denken und handeln, wie ich es dir schilderte. Schlimm wär's für uns, wenn ein solcher Geist in unseren Reihen vorherrschend wäre. Nein, das ist nicht so. Aber mögen vorstehende Zeilen dir ein Spiegel sein, in dem du nachschaust, ob nicht das Bild, das er dir zeigt, den einen oder anderen deiner Züge trägt. Güte dich vor allem vor jener unfruchtbarlichen Nörgerei und Kritikerwut, die jeder Gewerkschaftsarbeit hindernd in den Weg tritt und die dem Betreffenden selbst das Leben verbittert. Verfall aber auch nicht in den entgegengesetzten Fehler, indem du zu jenen Lauen und Faulen gehörst, die selbst die Stimme eines Cicero nicht aus ihrer starren Rauheit aufzurütteln vermöchten, in denen kein flammendes Begehren für christliche Gewerkschaftsarbeit zu wecken ist.

Und die Moral von der Geschichte? Führen wir fort als zahlende Mitglieder in unseren Listen weiter. Aber erstreben wir einen möglichst engen Zusammenschluß aller jener, die von dem hohen idealen Schwung unserer Idee erfüllt sind, die Eifer und Interesse für die Weiterentwicklung unseres Verbandes haben. Arbeiten wir um so eifriger und opferwilliger in der Agitation. Und wenn

bis sie nicht haben erarbeiten helfen, ja, die vielleicht manches Mal unserer Arbeit noch hindernd in den Weg traten — so soll auch dies uns in unserer Tätigkeit nicht erlahmen lassen.

Das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Verordnung über die Inkraftsetzung der Reichsversicherungsordnung. Artikel 1. Die Vorschriften des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung über die Errichtung, Ausgestaltung, Bezeichnung, Ausschreibung, Auflösung und Schließung von Krankenkassen und das Verfahren dabei...

Aus ausländischen Gewerkschaften.

Ein Generalstreik in der Schweiz. Am Freitag, den 12. Juli, wurde von den sozialdemokratischen Gewerkschaften der Schweiz ein 24stündiger Generalstreik über die Stadt Zürich verhängt. Der äußere Grund dafür lag in dem Streikpostenverbot in einem bestimmten Stadtteil...

Das Experiment des Generalstreiks an sich scheint gelungen zu sein, mit einwandfreien Mitteln wurde es freilich nicht erreicht und dürfte noch üble Nachwirkungen haben. Die sozialdemokratisch organisierten Betriebe des Morgens in aller Frühe die städtischen Betriebe und nötigen sämtlichen Arbeiter, die Arbeit einzustellen.

Der Generalstreik wurde auf den Freitag aus dem Grunde gelegt, weil an diesem Tag das Militär zu einer Feldübungsübung ausgerückt war. Die nicht anders zu erwarten, antworteten die Unternehmer mit einer zweiseitigen Generalausperrung. Infolge der Ausschreitungen wurde sofort das Militär mobilisiert und der Belagerungszustand über Zürich verhängt.

Das ist durch diesen Generalstreik erreicht? Die den Sozialdemokraten sehr gewogene linksliberale „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 196) schreibt dazu:

„Eine zweiseitige Aussperrung vieler Arbeiter, eine tiefe Bitterung der unbeteiligten Bevölkerung, eine Erschütterung aller Sozialpolitik und eine Stärkung des wirtschaftlichen Gegners. Sofort nach dem Generalstreik hat sich ein Sozialverband aller Arbeitgeber-Organisationen auf dem Rande Zürich gebildet, der natürlich eine Kampforganisation schärfster Natur sein wird.“

Die radikal sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 163) schreibt:

„Der zurecht auf den internationalen Züricher Hauptbahnhof will, muß einer Militär-Parade nicht zum Vorkommen. Wer das nicht kann, wird unweigerlich zurückgewiesen! Wer in einer Prozession zum Richter will, steht während des Verhandlungsganges zwei Soldaten, die dort mit aufgespanntem Bajonetts Bajonett stehen.“

„Soweit hat es das Internationarium gebracht! Die Regierung ist kein Hausrecht geworden, und das eine sozialistische Mitglied derselben „arbeitet positiv mit“. Die Regierung hat bereits erreicht, daß der Stadtrat unterdrückt hat das Truppenangebot erlassen — und die vier sozialistischen Stadträte hatten sich wie einer der ihren im Stadtrat öffentlich mitteilte, verpflichtet, dem „Befehl“ der Regierung in bezug auf das Verbot der Streikposten nachzukommen! Der Stadtrat — also nach dem einzig verlässlichen Generalstreik in der Schweiz — hat aus dem partiellen ein totales Streikpostenverbot gemacht — und die sozialistischen Stadträte erklären, daß der Streikpostenverbot „einmütig gefaßt“ worden sei.“

Ein allerliebster Genrebildchen aus dem demokratischen Lande der Welt, als welches sich Zürich getraut zu zeichnen läßt.“

„Und warum hat alles? fragt das Blatt. „Weil die Arbeiter zum ersten Male verlangt haben den bisher fruchtlosen parlamentarischen Weg zu verlassen und gegen einen standhaften Widerstand sich um dem Mittel der Arbeitsverweigerung zur Wehre zu setzen.“

„Offenbar empfindet das Blatt selbst die Niederlage des Generalstreiks und sucht sich daher mit folgenden Drohung hinwegzuhelfen:“

„Sicher ist — und das ist das einzige, was zurzeit klar zu überschauen ist —, daß die Arbeiter am Freitag ihre große Macht kennen gelernt haben und daß sie fest gewillt sind, sie bei aller nächster Gelegenheit wieder zu benutzen. Aber dann wollen sie nur den Weg in nicht das Ende des Generalstreiks vorher betreten geben.“

„Was wird die Folge dieser Drohung sein? Daß die schweizerische Regierung sich erst recht vorfiehet und daß die Schanzmacher noch mehr Oberwasser gewinnen. Ein zweiter Versuch würde mit einem noch größeren Misserfolg enden als der erste. Das ist die Folge des unseligen Beginns, die Gewerkschaften für politische Ziele ins Kampffeld zu führen.“

Aus Arbeitgeberverbänden.

Arbeitgeberbund und Materiallieferanten. Die Beziehungen zwischen dem organisierten Baumaterialhandwerk und den Materialhändlern scheinen schon seit langer Zeit nicht mehr die besten zu sein. Einmal stand zwischen ihnen die bische Freundschaft. In jener Zeit war auch zwischen den beiden Verbänden — dem Arbeitgeberverband und Verband der vereinigten Materialhändler — ein Abkommen getroffen worden, nach dem die Händler verpflichtet, im Falle eines Streiks im Baugewerbe sich der Materiallieferung zu enthalten...

„Von gleicher Wichtigkeit, wie die günstige Gestaltung des Verhältnisses zwischen Händlerschaft und ihren Lieferanten ist das zwischen der Händlerschaft und ihren Abnehmern. Der Händlerschaft hat bereits seit Jahren mit dem Deutschen Arbeitgeberverband in das Baugewerbe verhandelt. Er hat sich stets bereit gezeigt, die Interessen der Bauarbeitgeber zu fördern, sofern letztere bereit sind, umgekehrt das gleiche zu tun.“

dem Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe als offizieller Beschluß mitgeteilt wurde. Sie lautet:

„Es soll weiter versucht werden, zu einer Verständigung mit dem Deutschen Arbeitgeberbund im Baugewerbe zu gelangen. Dabei bleibt Voraussetzung, daß der Arbeitgeberbund bereit ist, auch den Interessen des Handels voll gerecht zu werden und Verzicht zu leisten auf Forderungen, die unveräußerlichen Rechten desselben zuwiderlaufen oder geeignet erscheinen, sein Ansehen zu untergraben. Sollten weitere Verhandlungen bis zum 1. September d. J. nicht zum Ziele führen, so muß unsern Mitgliedern, soweit sie gleichzeitig Mitglieder des Arbeitgeberbundes sind, empfohlen werden, ihren Austritt aus letzterem zu erklären, damit sie nicht aus rechtlichen Gründen zur Durchführung der Materialsperrung gezwungen werden können.“

Die in diesem Beschlusse liegenden, an die Adresse des Deutschen Arbeitgeberbundes gerichteten Drohungen können sich die Händler um so eher erlauben, als sie wissen, daß sie im Vorteil in diesem Kampfe mit dem Arbeitgeberbund sind. Der Arbeitgeberbund ist auf die Hilfe der Händler angewiesen, wenn er seine Pläne im nächsten Jahre verwirklichen will. Das weiß man in Bundeskreisen und deshalb wird der Arbeitgeberbund nachgeben. Vermessen wäre es von uns, wollten wir uns dieserhalb irgendwelchen Hoffnungen hingeben. Bis zum 1. April nächsten Jahres haben sich die beiden streikenden Bräder sicherheit wieder ausgeöhnt.

Der Verband der Baumaterialienhändler Deutschlands befragte sich kürzlich beim sächsischen Ministerium des Innern über einige Bezirksverbände Sachsens, weil diese die Materiallieferanten nach bekannten Mustern zwingen wollten, einen einseitig von ihnen aufgesetzten Vertrag anzuerkennen. Das sächsische Ministerium des Innern ließ sich darauf von der Dresdener Handelskammer ein Gutachten erlassen. Die Handelskammer, die dem nachsicht, mißbilligt das Vorgehen eines Ortsvereins des Arbeitgeberbundes, der die Baumaterialienhändler zwingen wollte, einen einseitig aufgesetzten Vertrag bedingungslos anzunehmen. Die Handelskammer weist sodann in ihrem Gutachten darauf hin, daß man bezüglich des Inhaltes dieser Verträge allerdings auch die allgemeine Lage berücksichtigen müsse, um ein gerechtes Urteil zu gewinnen. Die häufigen Arbeitskämpfe im Baugewerbe schädigen nicht nur die Baugewerbetreibenden, sondern mittelbar auch die Baustofflieferanten. Daß beide Gruppen sich zusammenzuschließen, um Arbeitskämpfe nach Möglichkeit hintanzuhalten, liegt deshalb nahe und kann auch als berechtigt und würdevoll bezeichnet werden. Die betreffenden Verträge werden im einzelnen ein wenig voneinander ab, alle enthalten jedoch in der Hauptsache folgende Bestimmungen: Die Baustofflieferer verpflichten sich, bei Streiks und Aussperrungen im Baugewerbe die Abnahmeverpflichtung der Baugewerbetreibenden ruhen zu lassen, in das Streik- bzw. Aussperrungsgebiet überhaupt keine Waren zu liefern, weder an die am Vertrag beteiligten, noch an die unbeteiligten Baufirmen, zum Behrhaltung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe fähig einen vollständigen Beitrag abzuführen und sich zu diesem Zwecke der Kontrolle durch einen vereidigten Richterbehörden zu unterwerfen. Andererseits verpflichten sich die Baugewerbetreibenden, bei Streiks und Aussperrungen im Betriebe der Baustofflieferanten die Lieferungsverpflichtung ruhen zu lassen, ihre Bauwerke nur von Firmen zu beziehen, die am Verträge beteiligt sind, und drei Jahre lang nicht von solchen Firmen zu beziehen, die trotz der Sperrung in ein Streikgebiet geliefert haben. Gehörtlich sind auch die Lieferungsbedingungen durch den Vertrag geregelt worden. Die Handelskammer bemerkt hierzu noch folgendes: Unserer Ansicht nach verstoßen derartige Verträge keineswegs gegen die guten Sitten. Denn den gewiß sehr einseitigen Verpflichtungen der Baustofflieferer stehen andererseits nicht zu unterschätzende Verpflichtungen der Baugewerbetreibenden gegenüber.

Die Handelskammer hat nur eins vergessen in ihrem Gutachten, ob es nicht gegen die guten Sitten verstoßt, die Materiallieferanten zur Einstellung jeder Lieferung zu zwingen, bei einem vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe erteiltem vom Banne gebrochenem Kampfe, wie das 1910 der Fall war. Und das war doch ein Verdachtsmoment, an das sie hätte anknüpfen können.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Lage des deutschen Arbeitsmarktes. Seit März 1912 zeigt sich, wie die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ mitteilt, eine deutlich erkennbare Disharmonie zwischen der Entwicklung des Beschäftigungsgrades und der Bewegung von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkte. Während nämlich die Zahl der Beschäftigten in steilem Tempo steigt, weist der Arbeitsmarkt im Vergleich zum Vorjahre eine erhebliche Verschlechterung auf. Deuten an den „Arbeitsmarkt“ berichtenden Arbeitsnachweiserinnen im Monat Juni 1912 auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 119,1 Arbeitssuchende gegen 107,9 im Vormonat. Gegen Mai 1912 ergibt sich zwar eine Erleichterung um 1,6, doch ist die Spannung gegenüber dem Vorjahre im Sachsen begriffen. Die Verhältnisse des Arbeitsmarktes erklärt sich daraus, daß in den letzten Monaten ein sehr starker Zustrom von Arbeitssuchenden aus den Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Kreisen stattgefunden hat, der trotz zunehmender Nachfrage nach Arbeitskräften nicht in vollem Umfange untergebracht werden konnte. Im Juni 1912 fanden 127.749 offenen Stellen 176.017 Arbeitssuchende gegenüber im vorjährigen Vergleichsmonat betrug die Zahl der offenen Stellen 142.947, diesen standen 157.163 Bewerber gegenüber. Am kräftigsten hat der Andrang am Arbeitsmarkte für weibliche zugenommen. Hier kamen im Vergleichsmonat auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 112 Arbeitssuchende gegen 80,64 im vorjährigen Vergleichsmonat. Bei den Männlichen macht sich eine

Steigerung von 124,28 auf 131,99 bemerkbar. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise ist die Bautätigkeit in fast allen Teilen Deutschlands gegen den Vormonat noch mehr abgeklaut. Auch in der Metall- und Maschinenindustrie macht sich der Jahreszeit entsprechend ein stiller Geschäftsgang geltend. Teilweise recht stark ist auch die Lage des Textilgewerbes. Das Abflauen des Beschäftigungsgrades in der Industrie wurde z. B. ausgeglichen durch den überaus starken Bedarf an Arbeitskräften, der sich in der Landwirtschaft zeigt. Die günstigen Ernteausichten bewirken eine kräftige Steigerung der Nachfrage am Arbeitsmarkte der landwirtschaftlichen Arbeiter. Leider ist aber auch der Zugang fremder Erntearbeiter im gleichen Tempo gewachsen, so daß die Kunst unseren einheimischen Arbeitern nur in beschränktem Maße zugute kommt. Neuerdings wird besonders in Thüringen darüber geklagt, daß fremde Arbeiter in der Landwirtschaft massenhaft Beschäftigung finden, während einheimische nicht untergebracht werden können. Diese Erscheinung sowie das auffallende Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage am großstädtischen Arbeitsmarkte sind ein Beweis dafür, daß dauernde Abhilfe nur durch planmäßige Arbeitsmarktpolitik der Arbeitgeberverbände zu erreichen ist. Die Ergebnisse der Arbeitsmarktforschung müssen die Grundlage für eine systematische Verteilung des Angebots am Arbeitsmarkte bilden. Vor allem muß das Bestreben darauf gerichtet sein, jede unnötige Belastung des einheimischen Marktes durch fremde Zuwanderer fernzuhalten. Solange die Arbeitsbedingungen der inländischen Arbeiter nicht in durchweg befriedigender Weise geregelt sind, bedeutet jede Verstärkung des Angebots am Arbeitsmarkte nur eine Erschwerung des Vorwärtkommens für die einheimischen Arbeiter. Ebenso muß dem Abwandern der jüngeren Arbeitskräfte vom Lande und aus den kleineren Orten nach den Großstädten Einhalt geboten werden, wenn hier die Arbeitslosigkeit auf ein normales Maß zurückgebrängt werden soll. Die eigenartige Entwicklung des Arbeitsmarktes in neuerer Zeit stellt die Arbeiterorganisation vor eine nicht leicht zu lösende, aber äußerst wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe.

Die deutsche Auswanderung in 1911. Die deutsche Auswanderungsziffer geht von Jahr zu Jahr zurück. Im Jahre 1880 wanderten noch 228.000 Deutsche ins Ausland. Das deutsche Vaterland vermochte ihnen noch nicht genügend Arbeit und Verdienst zu geben. So zogen sie ins Ausland, suchten dort ihr Brot — und wurden von dort die Konkurrenten der deutschen Volkswirtschaft. Man denke nur an die Bedeutung der deutschen Siedlungen in Südamerika!

Diese deutsche Auswanderung hat sich nun in den letzten Jahrzehnten in geradezu ungeahnter Weise zugenommen der deutschen Volkswirtschaft entwickelt. Im Jahre 1880 waren es noch 228.000 Auswanderer! Wie stellt sich uns heute dagegen die Auswanderungsziffer dar? Die Zahl der Deutschen, die im Jahre 1911 über deutsche oder fremde Häfen ihr Vaterland verließen, betrug nur noch 22.690! Das ist also der zehnte Teil der Auswanderung vom Jahre 1880! Gegen das Vorjahr sind es wieder 28,1 weniger. Auf je 10.000 der Gesamtbevölkerung entfielen im Jahre 1911 3,5 Auswanderer, im Jahre 1903 noch 6,2.

Das Hauptziel der Auswanderer bildeten die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wohin 18.900 oder 86 vom Hundert aller Auswanderer gingen. Dieser Auswanderung steht eine starke Einwanderung gegenüber. Ueberseesische Einwanderung hatten wir im Jahre 1911: 198.355. Davon waren 53.079 Rajütenpassagiere, 58.387 Passagiere 3. Klasse und 137.889 Zwischenpassagiere. Also die meisten waren Einwanderer, die wieder der Arbeit und Verdienst im deutschen Vaterland suchten. Dazu kommen dann noch die Tausende von Polen, Slaven und Italienern, die jährlich nach Deutschland einwandern und die bei diesen Zahlen gar nicht berücksichtigt sind.

Wie steht es demgegenüber im Ausland? Aus Rußland wandern ca. 100.000 Personen aus, aus Österreich 120.000 und fast ebensoviel aus Ungarn. Italien hatte im Jahre 1910 eine Auswanderung von 625.000, und das so viel gewiesene und von so vielen beneidete England eine Auswanderung von 288.000.

Diese Zahlen lassen die deutsche Volkswirtschaft großartig dastehen und rechtfertigen glänzend die Wirtschaftspolitik, die uns eine solche Entwicklung unserer Volkswirtschaft gebracht oder wenigstens ermöglicht hat.

Die Selbstmörder in Preußen. Das preussische Statistische Landesamt hat soeben das Ergebnis seiner Untersuchung über die Zahl und die Gründe der Selbstmorde in 1910 veröffentlicht. Wie daraus zu entnehmen ist, befinden sich die Selbstmorde in dauernder Steigerung. Im 1878 waren es 4689, im 1907 7643 und im 1910 8179. Die Zahl der Selbstmorde stieg von 18 auf 21 auf 100.000 Lebende. Bei den Männern ist die Häufigkeit der Selbstmorde viermal so hoch wie bei den Frauen, was zum Teil in den ungleichmäßigen Lebensanforderungen und Ernährungsbedingungen liegen mag, aber auch u. a. aus der Selbstmordursache aus Alkoholismus, die beim Manne eine Verhältniszahl auf 100 Selbstmörder von 10,1 gegen nur 1,5 bei dem weiblichen Geschlechte aufweist, erklärt werden kann.

Die Feststellung der statistischen Untersuchung: daß mit zunehmendem Alter der Hang zum Selbstmord wächst, ist zwar nichts Neues, aber daß sich gerade diese Zahlen nicht verringern, wirft kein gutes Licht auf unsere Zeit. Beachtenswert, wenn auch zu irgendwelchen Schlüssen nur bedingt zu verwenden, erscheint die Feststellung, daß in den Provinzen mit großer werktätiger Bevölkerung, die also durch die Arbeit ständig aus Leben gefesselt ist, die Zahl der Selbstmorde bedeutend unter dem Durchschnitt der anderen Provinzen bleibt. Als Beispiel mögen die Durchschnittszahlen der Selbstmorde auf 100.000 Lebende in der Rheinprovinz (13,04) und Westfalen (12,31) gegenüber den Durchschnittszahlen in Brandenburg (34,46),

Schleswig-Holstein (33,64) und Landespolizeibezirk Berlin (30,46) dienen.

Die Art und Weise des Selbstmordes ist sehr mannigfaltig. Am häufigsten kehrt das Erhängen wieder, das mit dem Erhängen die bevorzugte Todesart der Männer bildet. Das weibliche Geschlecht hat eine eigentümliche Vorliebe für den Tod im Wasser. Auf 100 Selbstmörder gegenüber nur 12,2 männlichen Geschlechts. Auch der Selbstmord durch Gift oder Einatmen giftiger Gase „erfreut“ sich der größeren Inanspruchnahme des weiblichen Geschlechts; die Verhältniszahl betrug hier 17,1 gegen nur 6,0 der Männer.

Die meisten Beweggründe zum Selbstmord waren im Verichtsahre, wie auch stets in den Vorjahren, in Geisteskrankheit zu suchen, namentlich beim weiblichen Geschlecht. Weitere Beweggründe bildeten Lärm, körperliche Leiden, Neue Gewissensbisse, Alkoholismus, Lebensüberdruß, Eiferschaften und Laifer, Verger und Streit und Geistesabwände. Im preussischen Meer kamen 1910 213 Selbstmorde vor, davon 17 in der Marine.

Der Statistiker weiß auch über die Zeit der Verübung der Selbstmorde Aufschluß zu geben. Die meisten Selbstmorde ereignen sich Montags und Dienstags, in den Vormittags- und Nachmittunden. Die Temperaturgestaltung spielt ebenfalls eine Rolle: in der Hitzejahreszeit treten die Selbstmorde viel häufiger auf. Der Medizinstatistiker hat so voraussagen, daß sich z. B. in Berlin im Juni und Juli wöchentlicher etwa 20 Selbstmorde ereignen.

Gerichtliches.

Altenstein. Wegen angeblicher „Beleidigung“, „Beschimpfung“ und „Bedrohung“, „Nötigung“, Anwendung von „Gewalt“ usw. gegen „Arbeitswillige“ fanden am Sonnabend, den 29. Juni, der Kollege Föllmer, Angestellter des Verbandes in Altenstein, sowie zwei Kollegen unseres Verbandes unter Anklage vor dem Sachfengericht. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der Unternehmer Bienkowski weigerte sich, die tarifliche Lohn-erhöhung von 2 Pf. ab 1. April zu zahlen. Am Montag, den 15. April, morgens, wurde Kollege Föllmer auf dem Neubau des Unternehmers B. gerufen, da hier die Kollegen ebenso gut wie anderwärts ihren tarifmäßigen Lohn verlangten. Nachdem er sich genau erkundigt und die Angelegenheit der Kollegen ihm vom Polier bestätigt worden, suchte er den Unternehmer in der Wohnung auf, traf ihn aber nicht an. Gegen 10 Uhr erschien Kollege Föllmer wieder auf der Baustelle, wo er den Unternehmer antraf. Nachdem er sich dem Unternehmer vorgestellt und ihm sein Vorhaben dargelegt hatte, gab der Unternehmer zur Antwort, daß seine Leute den Lohn nicht zahlen wollten. Als der Kollege Föllmer hierüber sein Erstaunen ausdrückte und meinte, daß dies wohl nicht stimmen könnte, antwortete der Unternehmer, daß die Leute ganz anders arbeiten müßten, wenn sie den Lohn verdienen wollten. Auch fügte er noch hinzu, daß der Kollege Föllmer seinetwegen alle Leute mitnehmen könne. Nachdem der Kollege Föllmer nochmals den Unternehmer auf den Vertrag aufmerksam gemacht, verließ er die Baustelle. Da sich der Unternehmer bis zum Mittag nicht den Kollegen gegenüber bereit erklärt hatte, den Tarif anzuerkennen, weigerten sich die Kollegen, weiterzuarbeiten. Nachdem die Baustelle bis zum 17. April vollständig geräumt, stellte sich am genannten Tage der Arbeitswillige Maurer Neumann ein, nachdem morgens früh ein angeführter Maurer, der Schumacher Majewski, sich bereits eingefunden hatte. Kollege Föllmer folgte diesem in die Bude und suchte ihn zu veranlassen, die Arbeit nicht aufzuzehren, was aber nicht gelang. Hierauf wandte er sich mit einigen Kollegen an die Hilfsarbeiter, die außerhalb der Bude saßen, und veranlasste diese, die Arbeit ebenfalls einzustellen. Hierüber mußte nun wohl der Unternehmer in Zorn geraten sein, denn er ließ hierauf sofort die Polizei holen und den Fall polizeilich überhandeln. Am 18. April, früh vor 8 Uhr, versuchte der Kollege Föllmer noch einmal, mit den beiden Angeklagten die Arbeitswilligen zu veranlassen, nicht zu arbeiten: sie konnten aber nichts erreichen, wurden vielmehr von den beiden Arbeitswilligen Neumann und Majewski als Faulenzer usw. beschimpft. Die Kollegen sahen ein, daß nichts zu erreichen war und verließen die Baustelle. Seitdem hat dieselbe auch keiner wieder betreten, da mittlerweile sämtliche Kollegen anderweitige Beschäftigung gefunden hatten. Diese Vorgänge nun bildeten die Ursache der Anklage. Als Zeugen waren die zwei Arbeitswilligen, der Polier Schulz und der Unternehmer geladen. Der erste der Zeugen, Majewski, jagte aus, daß ihm einer der Angeklagten gesagt habe, er sei Schuster und hätte besser bei seiner Schusterei bleiben sollen. Mehr wußte er nicht zu sagen. Der Zeuge Neumann wollte gehört haben, daß ihn der Kollege Föllmer einen „Schweinegel oder Schweinehund“ genannt habe. Auf die Frage des Richters, in welchem Zusammenhang dieser Ausdruck gefallen sei, mußte der Zeuge antworten: „Das weiß ich nicht.“ Kollege Föllmer bestritt ganz entschieden, diesen Ausdruck gebraucht zu haben. Ein solcher sei ihm vollständig fremd und einen derartigen Ausdruck gebrauche er grundsätzlich nicht. Trotzdem hieß der Zeuge dabei, den Ausdruck gehört zu haben. Als dritter Zeuge kam der Polier Schulz, der früher mal Mitglied unseres Verbandes war, aber ausgetreten ist, weil er 60.4 Reichsmark verlangte, für die ihm kein Anrecht zustand. Derselbe jagte aus, daß ihm der Angeklagte Föllmer erst sämtliche Maurer und dann auch die Arbeiter weggenommen habe. Und dann sei gedroht worden, mit Steinen zu werfen, falls sie arbeiteten. Auf die Frage des Richters, wer gedroht hätte, gab er zur Antwort: „Alle.“ Auf die wiederholte Frage, die Namen derjenigen zu nennen, die gedroht hätten, gab er wieder zur Antwort: „Alle.“ Hierauf stellte der Richter ausdrücklich die Frage: „Hat der Angeklagte Föllmer gedroht?“ Antwort: „Nein.“ Auf die Frage: „Haben die anderen beiden Angeklagten gedroht?“, antwortete der Zeuge mit „Ja.“ Hier konnte man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß der Zeuge

auss Geratewohl geraten hat. Weiter ist der Zeuge über das Wo, Wie und Wann nicht befragt worden. Als letzter Zeuge kam der Unternehmer. Er hauchte weiter nichts aus, als das, was der Angeklagte Föllmer ihm die Leute alle weggenommen hätte. Sämtliche Zeugen wurden verurteilt. Nachdem die Beweisaufnahme geschlossen, nahm der Staatsanwalt als Vertreter der Anklage das Wort. Er führte aus, daß es erwiesen sei, daß auf Veranlassung des Angeklagten Föllmer die Arbeit auf der Baustelle niedergelegt worden sei zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, daß Streikposten gestanden und Arbeitswillige belästigt und bedroht worden seien. Er beantragte deshalb gegen den Angeklagten Föllmer drei Monate, gegen die anderen beiden Mitangeklagten zehn Tage Gefängnis. Trotzdem die Angeklagten die ihnen zur Last gelegten Vergehen bestritten und auch heute noch bestritten, mit Ausnahme des Ausbruchs Streikbreviers, nahm das Gericht als erwiesen an, daß die Angeklagten sich der ihnen zur Last gelegten Vergehen schuldig gemacht hätten und beurteilte den Kollegen Föllmer zu 100 M., die beiden Mitangeklagten zu je 50 M. Geldstrafe und zu den Kosten des Verfahrens.

**Aus dem Baugewerbe.**

(Unter dieser Rubrik finden Bauwesen, Erdbauingenieurwesen, technische Konstruktionen im Baugewerbe und dergl. Angelegenheiten Berichterstattung über Bauwesen im Maß wie möglich einzuflechten.)

**Südm. Am 18. Juli,** mittags gegen 1 Uhr, führte beim Erweiterungsbau der Lerchenfabrik der Arbeiter Karl Böding ab. Derselbe war darauf beschäftigt, einen gefüllten, heißen Teertopf auf das Dach zu bringen, wobei er in einer Höhe von etwa 5 Metern rittlings von der Leiter stürzte. Der Teertopf mit seinem heißen Inhalt fiel nach und herab und schlug auf die Brust des Betroffenen. Der Teertopf mit seinem heißen Inhalt fiel nach und herab und schlug auf die Brust des Betroffenen. Der Teertopf mit seinem heißen Inhalt fiel nach und herab und schlug auf die Brust des Betroffenen.

**Zabrje. Am 13. Juli** ereignete sich auf der Paulstraße beim Unternehmer Stabeck ein schwerer Unglücksfall. Von der dritten Etage fiel ein Riegelstein auf den Kopf des unten beschäftigten Bauarbeiters Schuberth, wodurch ihm die Schädeldecke zertrümmert wurde. Der Schwereverletzte wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er bald nach der Einlieferung starb.

**Beschäftigung in Ostpreußen.** Der Mai brachte für die Bauwirtschaft an den verschiedenen Stellen Ostpreußens infolge der günstigen Witterungsverhältnisse ein ruhiges Fortwärtsgreifen. Die Bauwirtschaft war - im Gegensatz zu anderen Gebieten Deutschlands - zum Teil lebhafter, so daß wohl sehr zahlreiche Angehörige des Baugewerbes im weitesten Sinne gute Beschäftigung und leiblich befriedigenden Verdienst gefunden haben; allerdings für die Ingenieure ist die Lage im allgemeinen weniger befriedigend. Die Unkosten der Herstellung steigen fast ständig, die Preise gehen aber eher zurück. In einigen Bezirken ließ dagegen der Beschäftigungsgrad für das Baugewerbe zu wünschen übrig. Die Berliner „Industrielle-Zeitung“ berichtet über die Lage auf dem Bauwerke Ostpreußens im Mai das Nähere:

Get war die Beschäftigung auf dem Bauwerke im Mai besonders in Ostpreußen. In Ost ist war der Geschäftsgang recht reg. In Gumbinnen war die Anwesenheit in vollem Gange; verschiedene Neubauten wurden in Angriff genommen und wurden so weit gefördert, daß mit dem Ausbau begonnen werden konnte. Auch Insterburg zeigte noch reichliche Arbeitsbeschäftigung, wie in Königsberg sich gleichfalls auf dem Bauwerke überall steigende Hände zeigen. Allenorts sind im allgemeinen hinter den übrigen Städten nicht zurück. Ruhig war es in Memel.

Keinwohin hat ein nicht unbedeutendes Ausmaß. In Gumbinnen z. B. wurde nur sehr wenig gebaut, und auch Marienburg und Thorn hatten sich keiner besonders großen Tätigkeit zu erfreuen. Dechauer war dagegen die Beschäftigung in Elbing; Danzig verfügte gleichfalls

über löhnende Arbeitsbeschäftigung, doch warden auch hier nicht alle Wünsche erfüllt. Besser war dagegen die Marktlage in der Provinz Posen. Befriedigend war das Baugewerbe vor allem in der Provinzialhauptstadt beschäftigt, und auch aus Bromberg wird von einer recht stillen Bauwirtschaft berichtet. Das gleiche gilt von Posen, wo die im April in Angriff genommenen Bauten ruhig weiter gefördert werden konnten; neuwertige neue Bauten sind allerdings nicht hinzugekommen. In Posen ist es fast ganz ruhig geworden.

Nicht wenig einseitig lauten die Berichte aus Schlesien. In Breslau ging auch im Mai die Bauwirtschaft nicht über den gewohnten Rahmen hinaus; doch kann von einem Darüberliegen nicht gesprochen werden. Auch in Glogau und Ratibor war nur wenig von einem Rückschlag zu bemerken; in Ratibor, Thorn und Zabrze sind die Verhältnisse, soweit der Beschäftigungsgrad in Frage kommt, im allgemeinen befriedigend. In Silesien dagegen ist es auf dem Bauwerke bereits ruhiger geworden, ebenso in Glogau, Glatz und Meiße. Ganz still ist es aber in Westfalen u. O. geworden.

**Bücherbuchau.**

**Sozialdemokratische und Christliche Sittenlehre.** Arbeiterbibliothek 16. Heft 1.-10 Tausend, 80 (64) M.-Glabbad 1912, Verlag der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, G. m. b. H. 40 Pf., postfrei 45 Pf.

Das Büchlein ist für die Bibliothek des Arbeiters bestimmt. Es unterrichtet in durchaus populärer Form die sozialdemokratischen Anschauungen über Ethik, ihren Zusammenhang mit dem materialistischen Darwinismus der 50er Jahre und stellt der sozialdemokratischen Ethik die christlich-realistische Individual- und Sozial-Ethik gegenüber. Das letzte Kapitel behandelt die Notwendigkeit und Methode christlicher Kulturarbeit in der Gegenwart. Das Büchlein dürfte sich besonders zur Behandlung in sozialen und apologetischen Unterrichtskursen der katholischen Arbeiter- und Jugendvereine eignen.

**Verfammlungskalender.**

**Groß-Bartenberg.** Am 4. August, vormittags 10 Uhr, im Lokale Anders außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Es ist dringend notwendig, daß ein jeder Kollege der Versammlung beizuht. Referent: Bezirksleiter Gottschald.

**Redaktionsbriefkasten.**

H. 3. Alle von Dir angeführten Gründe mühen nichts, Du mußt zahlen.

**Bekanntmachungen.**

50 Krauer auf sofort gesucht für Wilhelmshaven-Rüfingena.

Zureisende Kollegen melden sich bei unserem Vorfigenden August Merin, Rüfingena-Wilhelmshaven, Ansgarstraße 11.

**Arbeitslose, Achtung!**

Eine Anzahl Krauer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter und Dachdecker können im Bezirk Bochum sofort Arbeit erhalten. Arbeitslose Kollegen wollen sich am Büro, Niemelshausenstraße 13, Bochum, melden.

Wer den Aufenthalt des Kollegen Hermann Fara wid kennt, Buchnummer 1 S 798, geb. 4. August 1888 zu Porschortz, wird gebeten, die Adresse an mich zu jenden, damit ich ihm sein Verbandsbuch nachjenden kann. Ahlewieier, Sachstr. 5 in Hörde.

**Verbandsbezirk Bochum.**

Am Sonntag, den 26. August d. J., findet im Hotel Niemelshausen der Verbandsversammlung zu Bochum, Niemelshausenstraße 13, die diesjährige

**Bezirkskonferenz**

- Tagungsordnung:
- 1. Bericht der Bezirksleitung.
- 2. Bericht der Delegierten.
- 3. Vortrag, Thema: „Rückfragen für Baugewerbe und bedürftenden Lohnbewegung.“
- 4. Diskussion.
- 5. Regelung der Anträge.

Jede Zahlstelle hat die Pflicht, zu dieser Konferenz ihre Delegierten zu entsenden. Zahlstellen bis zu zweihundert Mitgliedern wählen einen Delegierten, darüber hinaus zwei. Die Unkosten tragen die Zahl- bzw. Verwaltungenstellen. Die Delegierten haben sich durch ihre Mitgliedschaft und einen Wahlbeweis, der ihnen von ihrem Verwaltungenstellenvorstande ausgestellt wird, zu legitimieren. Delegierte, welche an dem gemeinschaftlichen Mittessen teilnehmen wollen, mögen dieses bis zum 20. August dem Kollegen Anton Reife, Bochum, Niemelshausenstraße 13, mitteilen.

Die Bezirksleitung. B. Koch, H. Häuschen

**Durchreisende Verbandskollegen**

finden in Berlin, Stralauer Straße 53, im „Deutscher Gärtner-Helm“, dem Verkehrslokal des Deutschen (nationalen) Gärtner-Verbandes und des Berliner örtlichen Gewerkschaftskartells, gutes und sauberes Nachlogis von 50 Pf. an. Das Verkehrslokal liegt in der Nähe Bahnhöfe Alexanderplatz und Jannowitzbrücke.

**Der Zufriedene ist glücklich.**

Der Wahrheit dieses Satzes zum Siege zu verhelfen ist besonders heutzutage ein großes Verdienst. Solch ein bestrittenes Verdienst gebührt besonders dem rühmlich bekannten und bestbewährten Versandgeschäft Jonaß & Co. Berlin N. O. 672, dessen Kundenkreis sich auf fast 30 000 Orte Deutschlands erstreckt und dessen Verkauf aller über 25 000 Kaufnummern beträgt. Diese angesehenen Firm ist eifrig bemüht, alle Leser unserer Zeitung zufrieden zu stellen. Deswegen hat sie einen sehr umfangreichen Katalog (600 Seiten stark und 4000 Abbildungen) eleganten Ausstattung hergestellt, worin alle möglichsten Artikel (Taschen und Wanduhren, Schmuckgegenstände, optische Instrumente, Sprechmaschinen, photographische Apparate usw.) mit genauer Beschreibung angeführt sind. Derzeit findet jeder Passender Bestellungen werden prompt erledigt. Die Firma gestattet sogar erleichterte Zahlungsweise, also Teilzahlung bequemen monatlichen Raten. Näheres enthält der illustrierte Katalog, der gratis und franco versandt wird. Wenden Sie sich ungesäumt an Jonaß & Co. Berlin N. O. 672, Belle-Alliance-Straße 8.

**Bös**  
Stechenpferd - Teerschwefel-Salbe  
von Jonaß & Co., Berlin.

Ein Glas 60 Pf. Ferner macht der Cream „Dada“ (Milchmilch-Cream) rote und spröde Haut in einer Nacht weich und sammetweich. Tube 50 Pf., überall zu haben.

**Wir haben das neue in Leipzig, Schloßplatz 21, die christliches Gasthaus**

Zimmer mit 1, 2, 3 und 4 Betten im Preise von 25 Pf. bis 1.50 M. pro Tag. Städtische Zimmer sind mit Zentralheizung und elektrischen Licht ausgestattet. Große und herrliche Restaurationsräume. Wägen und Remisier im Hause.

Der Verein für unsere Mission zu Leipzig.

**Fabrik Georg Koch**  
Kasseler in Erfurt G. 124.

**Der Kauf einer Nähmaschine ist Vertrauenssache!**  
**Für 48 Mark**

versende ich eine hochgelagerte hochwertige **Familien-Nähmaschine**

(System Singer) zum Fußbetrieb, mit allen Neuerrichtungen ausgestattet, inkl. Nadeln

hochste poliertem Kasten und stahl. Zuber. 6 Jahre Garantie.

Wand-, Hand-, Kräft- und Bett-Nähmaschinen.

zu bestmöglichen billigen Preisen. Viele Anerkennungen von Deutschland, Niederlande, Luxemburg, Schweiz etc.

**K. Hüniger,**  
Erfurt, P., Radowitzerstr. 47.

**Emil Hohlfeldt**  
Dresden-R. 4, Ritterstraße 2  
Spezialfabrikation und Vertrieb von **Berufsbekleidung**

für Zimmerer, Maurer, Bauarbeiter, Professions- u. Verlangen frei l. H.

**Echte Briefmark**  
100 Stk. Alt- u. Neuz. 1000 verschiedene auf 1000  
1000

Max Herber, Marthausen, Hamburg  
Green: 1114, Preisliste gratis u. franko

**Jagrad-Fahrräder**  
Die Deutsche Waffen- u. Fahrrad-Fabrikation in Rastatt (Baden) R. F. 274.

**Werkzeugmaschinen, Werkzeugen, Messer, Schneidmesser**

Handwerkzeuge aus Metall, Kupfer, Messing, Holz, Knochen, Elfenbein, Korkeisen, Stein, Glas, Porzellan, Emaille, etc.

**Wensch & Co.,**  
Berlin, Unter den Eichen 20.